

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1 B 2

Die Stimme gehört Thälmann!

* Berlin, 9. April 1932.

Am Sonntag schreiten die deutschen Arbeiter noch einmal zur Wahlurne, um ihren Stimmzettel zur Wahl des Reichspräsidenten abzugeben. Das Bild der Kandidaten ist im wesentlichen dasselbe wie das erste Mal. Lediglich ist der „Reichsanwalt“ Winter zurückgetreten. Hitler, Hindenburg und Thälmann sind geblieben und stehen sich wiederum zur Entscheidung gegenüber.

Bei der Abgabe ihres Stimmzettels werden sich die deutschen Proletarier vor allem jener zentralen Wahrheit bewußt sein müssen, daß die wirkliche Entscheidung, die hinter dieser Wahl steht — wie sie steht hinter dem gesamten politischen Geschehen der Gegenwart — keine parlamentarische ist, nicht abschließend getroffen wird durch den Stimmzettel. Die Stimmzettelabgabe am Sonntag ist lediglich

der Aufmarsch der Kräfte.

Ob diese Kräfte unmittelbar nach diesem Aufmarsch, nach dieser Probe tatsächlich in Aktion gesetzt werden, das hängt ab von der Kraftentfaltung, die dabei zustandekommt.

Wir fürchten, daß die proletarische Kraftentfaltung — die sich am Sonntag konzentriert auf die Abgabe des Stimmzettels für Ernst Thälmann — nicht stark genug sein wird, um als unmittelbarer Auftakt zum revolutionären Einsatz zu genügen. Wir fürchten das nach dem Ergebnis des ersten Wahlganges; wir fürchten es nach der engstirnigen, in ihren Wirkungen katastrophalen Politik der Kommunistischen Partei, die auch zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang fortgesetzt, ja gesteigert wurde.

In dieser Zeit hat die Kommunistische Partei wertvollste Ansätze zur einheitlichen Aktion des Proletariats zerschlagen. Die Einheitsfrontkämpfe zwischen KPD, SAP und anderen Arbeiterorganisationen in Eibenstock im Erzgebirge, in Falkenstein im Vogtland, in Schneeberg im Erzgebirge, die enge Zusammenarbeit in vielen anderen Orten ist in diesen vier Wochen systematisch

auf Befehl der KP-Zentrale zertrümmert worden. Die Demonstrationen für die Thälmannwahl sind dadurch in ihrer Beteiligung vom ersten zum zweiten Wahlgang teilweise auf den zehnten Teil zurückgegangen. Die aufrüttelnde Wirkung, die die Einheitsfrontdemonstrationen auf die indifferenten proletarischen Massen hatten, ist damit ausgelöscht worden.

Und schlimmer noch: diese verbrecherische Politik der kommunistischen Parteileitung zeigt, wie weit diese Partei noch entfernt ist von den Voraussetzungen, die notwendig wären, um im Fall eines proletarischen Sieges eine fruchtbare politische Arbeit der gesamten Arbeiterklasse zu ermöglichen. Sie hat kostbare Zeit verlorengelassen in dem so dringend notwendigen Sammlungsprozeß der Arbeiterklasse zur einheitlichen Aktion gegen die Ausbeutergesellschaft. Wir zweifeln nicht daran, daß diese schlimmen Fehler der kommunistischen Politik sich in den indifferenten Massen in einer Verstärkung der schon so starken Tendenzen von Müdigkeit auswirken werden. Sie zeigen, eine wie

gewaltige Arbeit unsere Parteigenossen und Funktionäre noch zu leisten haben.

Aber gerade deswegen ist die größte Anspannung aller Kräfte unserer Genossen umso notwendiger. Wenn auch zweifellos die proletarische Kraftentfaltung, die der zweite

Wahlgang der Reichspräsidentenwahl bringen muß, nicht ausreichen wird, die revolutionäre Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse herzustellen; wenn man auch sogar befürchten muß, daß sie zurückgehen wird hinter das beim ersten Wahlgang schon Erreichte, so

muß doch die letzte Kraft all unserer

Mitglieder eingesetzt werden,

das unter den gegebenen, ungünstigen Umständen höchst mögliche Maß proletarischer Kraftentfaltung zu erzielen. Daß die Ungunst der Situation zum großen Teil durch die Kommunistische Partei verschuldet ist; daß der Präsidentschaftskandidat der in diesem Wahlkampf das strategische Zentrum der proletarischen Sammlung ist, dieser selben Kommunistischen Partei angehört und von ihr aufgestellt ist — das darf unsere Genossen nicht einen Augenblick in der Erfüllung dieser Aufgabe schwankend

oder auch nur lau machen. Unsere Genossen dürfen sich dabei — wie in jeder politischen Aktion — nicht von noch so verständlichen Gefühlen leiten lassen, sondern allein von der Einsicht in das politisch Notwendige von den politischen Aufgaben, die der gesamten proletarischen Klasse gestellt sind.

Die Sozialdemokratische Partei verkündet den Arbeitern wiederum — und lauter und aufdringlicher noch als beim ersten Wahlgang — daß sie Hindenburg wählen müssen, um Hitler zu schlagen. Sie „beweist“ das mit dem Zusammenrechnen der Stimmzettel; und sie schlußfolgert daraus, daß, wer Thälmann wählt, für Hitler stimmt. Die Proletarier aber müssen erkennen, daß das Kommen Hitler; daß der offene Faschismus keine Frage ist, die durch den Stimmzettel entschieden wird. Sie wird entschieden durch die Machtbedürfnisse der Bourgeoisie. Und daß auch ein Reichspräsident

Hindenburg bereit ist, Hitler als Reichskanzler oder sonst in irgendeiner Form in die Macht zu setzen

wenn die Existenzbedingungen der Ausbeuterklasse es erfordern, das beweisen Brünings zahllose Bemühungen, die Nationalsozialisten in die Regierung zu bringen; das beweisen Groeners Verhandlungen mit den braunschweigischen Ministern. Und darum kann man mit Fug und Recht sagen, daß,

wer Hindenburg wählt, auch Hitler wählt, seinem Kommen, dem faschistischen Terror den Weg bereitet. Nur die Mobilisierung der ganzen Arbeiterklasse schafft die Kraft, die den Faschismus niederschlagen kann. Und dieser Kampf muß notwendig zum revolutionären Kampf um die Macht wer

Je größer die proletarische Kraftentfaltung ist, desto stärker wird sie die Arbeiterklasse aufrütteln, reifmachen für entscheidendere Kämpfe, deren Werkzeug nicht mehr der Stimmzettel ist. Das deutsche Proletariat wählt am Sonntag nicht den Präsidenten des bürgerlichen Ausbeuterstaates — es sammelt am Sonntag in einem Teilgefecht seine Kraft zu größeren Kämpfen. Für diese Mobilisierung gilt es den letzten Mann, die letzte Frau des Proletariats auf die Beine zu bringen zur Stimmabgabe

für Ernst Thälmann!

„Hindenburg und das System“

Unter dieser Überschrift bringt die bekanntlich von der Reichsbahn ausgehaltene DAZ einen Leitartikel, in dem nun ebenfalls eine Lanze für Hindenburg gebrochen wird. Das ist für das Blatt ein Fortschritt auf dem Wege zur Klärung. Allerdings führt das Blatt jetzt auch besonders verfängliche Gründe für die Wiederwahl an. Nachdem zunächst alle Bedenken wegen der weiteren Entwicklung mit dem Hinweis zerstreut werden, daß sich Hindenburg weder geweigert hatte, „die Rechte maßgebend an der kommenden Regierung zu beteiligen“, noch „von Brüning zu lassen“, wird Hindenburg besonders deswegen gerühmt, daß er seine Entschlüsse nie von Parteien diktieren ließ. Als dann fährt der Artikel wörtlich fort:

„So hat er ganz allmählich, aber unbezweifelbar das Staatsschiff aus dem parlamentarischen allezu demokratischen Fahrwasser herausgelenkt. Er hat inmitten des Systems, nein, in Wahrheit weit über ihm in der Würde seines Präsidentenamtes einen neuen Grund gelegt, einen archimedischen Punkt geschaffen, von dem aus man dieses System aus den Angeln heben könnte.“

Und an anderer Stelle wird versichert:

„Hindenburg, das sollten wir doch endlich wissen, hat das System von Weimar aus eigener Kraft überwunden.“

Man kann dieser Behauptung kaum widersprechen, aber wie reimt es sich mit dieser Feststellung, daß die „Eiserne Front“-Parteien Hindenburg als Schutzpatron derselben Verfassung rühmen, von dem die „DAZ“ bescheinigt, daß derselbe Hindenburg sie „aus eigener Kraft überwunden“ hat?



Unter diesem Titelbild erscheint unsere neue Broschüre „Prolet, greif zu!“. Sie kommt Anfang dieser Woche zum Versand. Die erste Auflage muß im Landtags-Wahlkampf restlos abgesetzt werden. Sofort den Vertrieb organisieren. 24 Seiten. Verkaufspreis nur 15 Pf.

Hitlers Geldgeber:

Hohenzollern, andere abgesetzte Monarchen und Deterding

Von gutunterrichteter Seite aus dem Nazi-lager erhalten wir folgende aufsehenerregende Mitteilungen:

Die unwidersprochene Meldung erster Finanzschwierigkeiten im Hitlerlager hat überall großes Aufsehen erregt. Nach einem vertraulichen Bericht, den der Abgeordnete Hinkel an diesem Montag in der Berliner Vertrauensmännerversammlung gab, belaufen sich die

bisherigen Wahlkosten der NSDAP auf über 6 Millionen Mark.

Davon sind nur etwa 2 1/2 gedeckt. Die einzelnen Unterbezirke, besonders in Südwestdeutschland, befinden sich in einer katastrophalen Lage. So hat u. a. der „Alemanne“ in Freiburg eine sofortige Subvention von über 30 000 Mk. zur Abdeckung von Wechselschulden erhalten. Fast ebenso schlimm liegen die Verhältnisse in Hessen wo ein Defizit von über 325 000 Mk. zu Lasten der Partei berechnet wurde.

Der Grund für diese plötzliche Geldklemme ist, nach der Angabe von Hinkel, das völlige Ausbleiben aller Unterstützungen von Seiten der Industrie. Selbst Kirdorf, einer der größten Geldgeber Hitlers, hat offen erklärt, daß er bis zur Wahlentscheidung nichts hergeben würde. Aus diesem Grunde hat es die Parteileitung begrüßt, daß

die Hohenzollern sich erneut mit großen Summen an der guten Sache beteiligt haben.

So erhielt der Verlag Eher über 220 000 M. zur Erweiterung des Betriebes, die durch den Prinzen Auwi vermittelt wurden. Es sind bislang schon über

500 000 Mk. an Hohenzollerngeldern

auf diese Weise gezahlt worden. Nur so erklärt es sich, daß Prinz Auwi gegen den Protest der revolutionären SA-Leute auf die Landtagswahlliste gesetzt wurde. Und nur so erklärt es sich auch, daß der Aufruf des Kronprinzen zugunsten von Hitler gegen den Willen von Goebbels und Strasser veröffentlicht wurde.

Man weiß, daß die Partei augenblicklich zum großen Teile von fürstlichen Geldern lebt.

Der Herzog von Koburg, der Erbgroßherzog von Oldenburg, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und vor allem der Herzog von Braunschweig haben neben dem Kaiser sehr beträchtliche Beträge in die „gute Sache“ investiert. Als Gegenleistung hat Hitler versprochen, nach seiner Regierungsübernahme die Rückkehr Kaiser Wilhelms nach Deutschland zu gestatten. Er wird auch der

Einrichtung eines „Erbkaisertums“

keine Schwierigkeiten machen, für das der älteste Sohn des Kronprinzen bereits in Aussicht genommen ist. Ebenso hat er eine neue Regelung der Abfindungen für die deutschen Fürsten versprochen. Er selbst will diese monarchistische Restauration, von der er sich die Sicherung der bäuerlichen und bürgerlichen Stimmen verspricht. Auf die Arbeiter legt er kein Gewicht. Seine Parole ist: die Städte gebe ich auf, das flache Land muß es schaffen! Naturgemäß hat diese monarchistische Entwicklung in allen revolutionären SA-Kreisen die größte Empörung ausgelöst. Man will die Partei dort nicht zum Fürstendiener erniedrigen, sondern ein freies, neues Deutschland. Hitlers Kopie von Mussolini und seinem Schattenkönig Emanuel wird allgemein abgelehnt.

Um nun aus der Finanzklemme zu kommen und so die Partei unabhängig zu gestalten, ist Hitler auf einen genialen Dreh gekommen. Er will ausländische Gelder in großem Maßstab durch Verleihung eines Benzinmonopols einbekommen. Es handelt sich dabei um die recht engen Beziehungen des Braunen Hauses zu bestimmten englischen Industriekreisen. Durch den Herzog von Koburg, der mit der englischen Aristokratie verwandt ist, hat Hitler Verbindung mit bestimmten englischen Aristokraten aufgenommen. Neben Sir Oswald Mosley ist es in der Hauptsache Sir Henry Deterding, der englische Petroleumkönig, der sich für die deutschen Nazis interessiert. Er hat wiederholt mit Rosenberg und Dr. Nyland, dem Führer der Naziauslandspropaganda verhandelt. Nach den sehr konkreten Angaben informierter Parteiführer,

hat Deterding den Vorschlag gemacht, ihm das deutsche Benzinmonopol zu verschaffen.

Er hat hierfür eine sofortige Gegenleistung von 1 1/2 Millionen Pfund und eine laufende Beteiligung von 20 Prozent in Aussicht gestellt. Hitler hat sich bereit erklärt, sofort nach der Machtübernahme diese Monopolverleihung durchzuführen. Bezeichnenderweise hat die gesamte Nazipresse, als vor etwa

einem halben Jahre die Gerüchte über die Schaffung eines Benzinmonopols der Shell in Deutschland laut wurden, die ganze Angolegenheit totgeschwiegen!

Umgekehrt hat der Syndikus der Nordwestdeutschen Erdölindustrie in Hannover vorgeben von Hitler eine klare Stellungnahme zum Schutze und zu Gunsten der deutschen Erdölindustrie erbeten. Er konnte allerdings nicht, wie Herr Deterding, gleich die runde Summe von 1 Million Pfund als Kompensation anbieten.

Es handelt sich bei diesem ungeheuerlichen Vorgehen, daß ein deutscher Parteiführer die deutsche Erdölindustrie einer ausländischen Finanzmacht opfern will, um absolut konkrete Vorgänge. Es ist auch deshalb allgemein aufgefallen, daß die gesamte englische Rechts- und Presse, vor allem der „Daily Express“, sowie die „Times“ Hitler und seine Bewegung überraschend günstig beurteilen. Rosenberg hat selber erzählt, daß er bei seinem Londoner Besuche zwar nicht von Stanley, dem Führer der Konservativen empfangen wurde, aber dafür von Sir H. St. Chamberlain, sowie anderen hervorragenden konservativen Parteimitgliedern sehr gut aufgenommen wurde. Ebenso hat er erklärt, daß er ein Abkommen mit Sir Deterding getroffen habe, das der Partei endlich die finanzielle Unabhängigkeit gewähre.

Selbstverständlich sind diese verdächtigen Schiebungen mit der größten Heimlichkeit vor

sich gegangen. Hitler hat ein begreifliches Interesse daran, seine Transaktionen der Kritik seiner SA-Leute zu entziehen. Aber man weiß trotzdem Bescheid. Schon jetzt rechnet man allgemein mit einer Aenderung in der Parteileitung. Hitler wird nach der unvermeidlichen Wahlniederlage auf den dekorativen Posten eines „Ehrenvorsitzenden“ abgeschoben werden, während Strasser zur eigentlichen Leitung aussersehen ist. Bei dieser Gelegenheit wird auch die innere Krise der Partei zum Ausbruch kommen!

Ist Hitler Scharfrichter?

Berlin, 9. April 1932

Staatssekretär Meißner hat, wie aus einer Mitteilung des Leiters der nationalsozialistischen sogenannten Lügenabwehrstelle hervorgeht, das Protesttelegramm wegen des Plakates, das Hitler als Scharfrichter darstellt, zur Erledigung an den Reichsinnenminister weitergeleitet. Der Leiter der genannten nationalsozialistischen Stelle hat darauf ein Telegramm an den Reichsinnenminister gerichtet, in dem er diesen um ein Einschreiten gegen das Plakat ersucht.

Wie kann man auch solche Lügen bringen? Hitler ist doch noch gar nicht Scharfrichter!

Vormarsch in Holland

In Holland geht die Aufrichtung der neuen revolutionären Partei erfolgreich vorwärts. An allen größeren Orten sind bereits Ortsgruppen gebildet, wobei vielfach die gesamte Mitgliedschaft der Arbeiterpartei den Uebertritt beschließt. In Amsterdam, wo die Unabhängige Sozialistische Arbeiterpartei am vergangenen Sonntagvormittag ihre erste Versammlung abhielt, gaben sich sofort 641 Anwesende als Mitglieder auf, was angesichts des allgemein schwachen Organisationsverhältnisses einen sehr hoffnungsvollen Grundstock bildet. Im Haag wurde am 4. April eine Ortsgruppe mit 104 Mitgliedern gegründet, deren Zahl sich aber schon nach wenigen Tagen auf 220 erhöht hat. Begreiflicherweise handelt es sich bei diesen Uebertritten allgemein um besonders aktive Teile der Partei, von denen natürlich neue, viel größere Werbe-

kraft ausgeht, als die bloße Zahl erkennen läßt.

Hatte die Führung der Sozialdemokratie gehofft, daß die Aufrichtung einer neuen Partei zur Erfolglosigkeit verurteilt sein werde, so haben schon die bisherigen Erfahrungen den Beweis des Gegenteils erbracht. Die große Beunruhigung, die darob in der Sozialdemokratie entfacht wurde, wird auch schon daraus ersichtlich, daß sich die Parteipresse täglich in spaltenlangen Artikeln mit der neuen Partei auseinandersetzen und im ganzen Lande Abwehrversammlungen organisieren muß. Der Durchbruch des revolutionären Willens unter der holländischen Arbeiterschaft wird dadurch indessen nicht aufgehalten werden können. Dazu ist der Bankrott des Reformismus in Holland viel zu offenkundig.

Winterfeldt und Brüning

Seine letzte Wahlrede für Hindenburg führte den Reichskanzler Brüning nach Königsberg, wo er gemeinsam mit dem General von Winterfeldt gesprochen hat. Es ist dies derselbe Winterfeldt, dessen Kommando Brüning sich in den Novembertagen 1918 unterstellte, um die Revolution niederzuschlagen. Dieses gemeinsame Auftreten ist darum auch mehr als ein Zufall. Es ist ein Symbol, durch das bewußt und absichtsvoll zum Ausdruck gebracht werden soll, daß jenes Kampfbündnis aus dem November 1918 zwischen beiden noch besteht. Damit wird auch der wahre Sinn der Kandidatur Hindenburgs vor aller Welt klar gestellt: es ist Hindenburgs Mission, das zu erfüllen, woran Winterfeldt und Brüning vor dreizehn Jahren gescheitert sind.

Merkt du etwas, Prolet aus der Eisernen Front? Die Sprache dieses Symbols wäre, so meinen wir, deutlich genug.

Reichsanwalt Jorns von der Nazi-Untersuchung ferngehalten

Leipzig, 9. April 1932

Reichsanwalt Paul Jorns, der nach seiner „Rehabilitierung“ durch den Spruch der Berliner Ohnesorge-Kammer im Hochverratsdezernat der Reichsanwaltschaft beschäftigt wurde, und der auch an der Untersuchung der Boxheimer Dokumentenangelegenheit führend beteiligt war, ist jetzt von der Bearbeitung der Hochverratsangelegenheiten entbunden worden. An seiner Stelle prüft jetzt der Reichsanwalt Nagel das von Severing überreichte Material über die Putschvorbereitungen der Nazis.

Anhalt wählt am 24. April

Dessau, 8. April 1932

Der anhaltische Landtag lehnte den Entwurf der Regierung auf Abänderung der Verfassung, der eine Vorverlegung der Landtagswahlperiode und damit die Ermöglichung der anhaltischen Landtagswahlen am 24. April

bezwachte, ab. An der erforderlichen Zweidrittelmehrheit fehlte eine Stimme. Das Ministerium wird, wie verlautet, die Wahl aber trotzdem am 24. April durchführen.

Innere Mission am Pranger

Verantwortlicher Pastor außer Verfolgung

Berlin, 9. April 1932.

Die Vorgänge in dem Erziehungsheim der Inneren Mission „Waldhof“ bei Templin haben jetzt dazu geführt, daß gegen den Erzieher Franke und sieben weitere Hilfskräfte wegen

Mißhandlung von Zöglingen

Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung von der Staatsanwaltschaft erhoben worden ist. Gegen einen Erzieher und einen Helfer lautet die Anklage auf

sittliche Verfehlungen.

Es werden auch gegen den Leiter des Heims, den ehemaligen Pastor Gruber, schwere Vorwürfe erhoben. Pastor G. ist aber jetzt von der Anklagebehörde ebenso wie einige andere Erzieher

außer Verfolgung gesetzt

worden. Im Erziehungsheim Waldhof waren etwa 200 sehr schwer erziehbare und psychopathische Jugendliche untergebracht, und auch das Landesjugendamt Brandenburg bediente sich des Heims zur Unterbringung von Zöglingen.

Stern und Wassiljew hingerichtet

TU. Moskau, 9. April 1932

Das Präsidium des Vollzugsausschusses der Sowjetunion hat am Freitag das Gnadengesuch für Stern und Wassiljew, die am 6. April vom Obersten Gerichtshof zum Tode verurteilt worden waren, abgelehnt. Das Urteil wurde am Sonnabend in der Lubjanka durch die Wachen der OGPU vollstreckt.

Eiserne Faust in Chile

Santiago de Chile, 9. April 1932

Der Präsident von Chile, Montero, hat gleichzeitig mit der Erklärung des Belagerungszustandes ein Manifest erlassen, in dem es heißt, daß er mit eiserner Faust durchgreifen wolle. Die Schuld an den Unruhen trügen die skrupellosen Elemente (!!), deren Propaganda sich in der Hauptsache auf die finanziellen Schwierigkeiten des Landes stütze.

Den Anlaß zu den Unruhen hat der Versuch, den Präsidentenpalast zu stürmen und die Regierung zum Rücktritt zu zwingen, gegeben, der von dem Kommandanten der Kavallerieschule und einem Infanteriegeneral vorbereitet war. Ferner soll auch der frühere chilenische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Davila, an dem Anschlag beteiligt gewesen sein. Alle Verdächtigen wurden verhaftet. Wie es heißt, ist die Bildung einer stark linksgerichteten Regierung beabsichtigt gewesen.

Japans Imperialismus stößt weiter vor

Tokio, 8. April 1932.

In der Kabinettsitzung am Freitag teilte der japanische Kriegsminister mit, die Entsendung zweier weiterer Divisionen nach der Mandschurei sei vom Kaiser genehmigt worden. Die Truppen seien bereits auf dem Marsch.

Japanisches Kapital flutet in die Mandschurei

Tokio, 8. April 1932.

Ämtlich wird mitgeteilt, daß im Kolonialministerium eine besondere Abteilung für die Kolonisierung der Mandschurei gebildet worden sei. Das Ministerium habe einen Plan ausgearbeitet, welcher die Ansiedlung von 500 000 japanischen Bauern in der Mandschurei vorsieht. Ein anderer Entwurf sei unabhängig davon vom Innenministerium über die Ansiedlung von koreanischen Arbeitern in der Mandschurei ausgearbeitet worden.

Vom Wert des Völkerbundes

Tokio, 9. April 1932.

Die japanische Regierung hat den Großmächten mitgeteilt, daß Japan sich bei einer Anwendung des Artikels 15 der Völkerbundsatzung vom Völkerbund zurückziehen werde.

Der Artikel 15 sieht unter gewissen Voraussetzungen die Möglichkeit von Maßnahmen des Völkerbundes gegen Mitglieder des Völkerbundes vor, die sich den Beschlüssen des Rates widersetzen.

Wie die chinesische Presse meldet, hat der Völkerbundschausschuß mitgeteilt, daß Dr. Wellington Ku die Reise nach der Mandschurei mitmachen werde trotz des Verbots der mandschurischen Regierung.

Die vom Japanischen Imperialismus eingeleitete Verhandlung über die russischen Regierungsschulden vor, die sich den Beschlüssen des Völkerbundes erklärt dagegen, Dr. Wellington Ku werde beim Betreten der Mandschurei sofort verhaftet und ausgewiesen werden.

Die Sowjetunion zahlt die britische Zarenschuld nicht

London, 9. April 1932.

Auf eine Anfrage im Unterhaus erklärte der Unterstaatssekretär im Außenministerium, Kapitän Eden, daß nach dem Zusammenbruch der Verhandlungen über die russischen Regierungsschulden die englische Regierung gegenwärtig nicht in der Lage sei, irgend ein praktisches Vorgehen in Vorschlag zu bringen, das mit einiger Wahrscheinlichkeit die Bezahlung der russischen Regierungsschulden erwirken könne.

Parlamentarische Krise in Prag

Die Mittelständler brechen aus

Prag, 9. April 1932

Unter dem Druck seiner Partei, die die Erhöhung der Umsatzsteuer von zwei auf drei vH für untragbar erklärte, hat der Eisenbahnminister Rudolf Mlcek von der tschechischen Gewerbspartei seinen Rücktrittsgesuch eingereicht.

Wie verlautet, beabsichtigt der Ministerpräsident, für das frei gewordene Eisenbahnministerium einen Fachmann vorzuschlagen. Durch das Ausscheiden der Gewerbspartei aus der jetzigen Regierungsmehrheit sinkt die Zahl der Abgeordneten, auf die sich die Regierung stützen kann, von 207 auf 195.

Auch in Deutschland war es bekanntlich die mittelständlerische Wirtschaftspartei, die aus ganz ähnlichen Gründen zuerst die Regierung verließ und damit den Anstoß zu der außerparlamentarisch-diktatorischen Regierung gab.

Schülerselbstmorde

Signale einer faulenden Gesellschaft

Schülerselbstmorde stellen sich mit prompter Regelmäßigkeit in jedem Frühjahr ein. Die bürgerliche Welt registriert sie einfach; in engeren Kreisen wird auch über sie diskutiert, ohne daß aber über unbefriedigende Zwischenlösungen hinaus auch nur annähernd an die letzten Ursachen dieser traurigen Erscheinung gerührt wird.

Gewiß sind die von bürgerlicher Seite gewöhnlich angeführten Gründe für den Freitod der jungen Menschen mitbestimmend gewesen; aber sie sind doch nur wieder Auswirkungen von Zuständen, die bürgerliche Beobachter nicht erkennen können oder nicht zugeben wollen und dürfen. Drei Motive kehren bei diesen Katastrophen immer wieder, von denen zwei als äußerer Anlaß leicht zu erkennen sind. Man könnte hier etwas schematisch einteilen in Liebes-, Berufs- und Weltanschauungstragödien. Oft wirken natürlich zwei oder gar alle drei dieser Ursachen zusammen und treiben den verstörten jungen Menschen zu seiner Verzweiflungstat. Alle aber sind letzten Endes im Aufbau und in der Organisation dieser Gesellschaft begründet.

Zunächst die Liebestragödie. Schülerselbstmorde haben es stets gegeben und wird es voraussichtlich auch stets geben. Nie aber haben sie so oft auf Eisenbahnschienen oder mit Revolverschüssen geendet wie in unserer Zeit. Es gibt ein Alter, in dem Menschen erschreckend leicht zu übereilten, endgültigen Schritten neigen, wo Tod nicht Schrecken bedeutet. Und doch ist die Liebestragödie Jugendlicher fast ausschließlich ein Privileg der bürgerlichen Klasse. Es genügt jedoch keineswegs, zur Erklärung dieser Tatsache einfach die Zermürbung und seelische Ueberalterung einer untergehenden in Gegensatz zu der sieghaften Robustheit einer aufsteigenden Klasse zu setzen. Dieser Mangel an Widerstandskraft ist sicher vorhanden und prädestiniert die bürgerliche Jugend besonders für solche Gewaltlösungen ihrer Seelenkonflikte, aber die eigentlichen Ursachen sind doch ganz greifbar gesellschaftlich bedingt. Der Kapitalismus hat nicht nur die proletarische Familie zerstört, auch das bürgerliche Familienleben fällt ihm mehr und mehr zum Opfer. Wirtschaftliche Notwendigkeiten zerreißt das Zusammenleben und entfremden Eltern und Kinder oft räumlich und fast stets seelisch. Sie sehen einander nur noch selten, sie verstehen sich nicht mehr. Der vereinsamte Jugendliche sucht Verständnis beim Gleichaltrigen und drängt, infolge seiner körperlichen und geistigen Entwicklung in diesen Jahren, zum Gleichaltrigen vom anderen Geschlecht. Die großen Probleme der Liebe und Erotik tauchen auf und wühlen im Innern dieser Jungen, die nicht mehr Kinder sind und noch nicht Erwachsene. Zu den Eltern können sie in ihrer Not nicht flüchten; die Moral dieser Gesellschaft nennt das Erotische, das natürliche menschliche Gefühl, unanständig und gemein und streift es höchstens schamerrötend in Andeutungen. Die jungen Menschen sind auf sich angewiesen, die — ach so harmlose — Liebelei steigert sich hinein in chaotische Ausweglosigkeit, da draußen geht unberührt der gehaltlose Alltag seinen Gang, unlösbar, drängende Probleme ballen sich gigantisch zu unheilvollem Entschluß, wo es überhaupt gar keine Problematik zu geben brauchte, ein theatralisch donnerndes Finale — über ahnungslosen Eltern stürzt zerschmetternd der Himmel ein, die Stadt hält für Sekunden den Atem an, der Trott des Alltags geht weiter. Und wie begegnet die Gesellschaft diesem Aufschreiben der jungen Generation? Nehmen wir an, der Sekundaner, der die Schülerin erschößt und dann die Waffe gegen sich richtete, hätte sich nicht tödlich verletzt, würde man diesen Jungen nach seiner Genesung als Seelenkranken behandeln, ihn ins Sanatorium bringen und schonend an seiner Heilung wirken? Nein, die Gesellschaft würde ihn unter Mordanklage vor Gericht stellen, würde „gerecht“ sein nach Paragraphen und ein noch nicht begonnenes Leben im Zuchthaus für immer zerstören.

Was ich als Berufstragödie bezeichnet habe, ist das Motiv der meisten Schülerselbstmorde. Reifeprüfung nicht bestanden, Versetzung unwahrscheinlich — Revolver oder Tod auf den Schienen. Dieses Motiv ist charakteristisch für die Jugend der Mittelschichten, die Söhne der kleinen Beamten und Angestellten. Manche dieser Selbstmordkandidaten sind unbegabt, andere nur faul und unlustig, durchaus verständlich angesichts der toten Aufstapelung waltfremden Wissenswustes, der aufreibenden, sinnlosen Hausaufgaben. Die Versetzung ist in Frage gestellt. Daheim ein Vater, ein engstirniger

Subalternbeamter vielleicht, der mit fanatischer Strenge regiert, der unter steten Drohungen und ständigem Vorrechnen der aufgewandten Unkosten Erfolge des Schulbesuchs erzwingen will. Da macht der junge Mensch Schluß. Und doch trifft den Vater nur sehr bedingte Schuld. Er hat nur das Wohl des Sohnes im Auge gehabt. Er weiß, daß im Wirtschaftskampf unserer Zeit die Chancen ohne Schulzeugnis nur sehr gering sind. Er hat geopfert, er wollte Erfolge sehen. Die Gesellschaft verlangt den Berechtigungsschein, muß ihn verlangen, sollen nicht die überlegenen jungen Kräfte des Proletariats, die sich nicht durch Besuch höherer Schulen diesen Schein erkaufen können, die Funktionsposten des gesellschaftlichen Lebens erobern. Der Junge, aller toten Theorie abgeneigt, hätte vielleicht gern einen praktischen Beruf ergriffen. Früher war so etwas leicht möglich, heute bedeutet das Abstieg ins Proletariat. Denn ohne Berechtigungsschein ist jedes Fortkommen aussichtslos in dieser Gesellschaft, die sich selbst verhöhnt, indem sie schamlos die Phrase von der „freien Bahn dem Tüchtigen“ über die Tatsachen ihres Daseins setzt. Dummheit und Faulheit darf sich höchstens noch leisten, wenn der väterliche Reichtum eine Chance des Erfolges verbürgt. Die Tragödien der Weltanschauung sind als solche nicht so unmittelbar zu er-

kennen wie die anderen. Bürgerliche Pädagogen stehen hier vor einem Rätsel. Ein Primaner hat sich erschossen. Irgendwelche Liebesbeziehungen spielen bestimmt keine Rolle, in der Schule stand er gut, war vielleicht gar der Beste seiner Klasse, ein tüchtiger, ernster, begabter Arbeiter, Hoffnung und Stolz von Eltern und Lehrern. Mit hilflosen Stammeleien von Ueberarbeitung, Nervenzusammenbruch, Kriegsgeneration und geistiger Ummachtung wird der Fall „erklärt“. Wie könnten bürgerliche Beurteiler auch begreifen, daß es hier nicht trotz aller geistigen Fähigkeiten, sondern gerade auf Grund der intellektuellen Ueberlegenheit und der höhern Einsicht zur Katastrophe kam. Der junge Mensch ist rein geistig orientiert. Aus innerem Drang heraus macht er sich die großen dichterischen und philosophischen Gedanken zu eigen, die die Eckpfeiler des geistigen Ueberbaus dieser Gesellschaft bilden. Nicht wie seine Lehrer der Verkünderung und der bedingungslosen Bejahung dieser Kultur verfallen, wertet er kritisch und kommt zu niederschmetternden Ergebnissen. Der Schleier fällt für Augenblicke, die ungeheuerliche Götzendämmerung zeigt eine Welt der Entgeisterung und Entartung, der Würdelosigkeit und des Egoismus, eine Welt des Chaos, der Ungerechtigkeit, eine zersplitterte Trümmerwelt, über der kein Großes mehr, keine gemeinsame,

alles überragende, alles bindende und treibende Idee steht, eine Welt, in der zu leben ihn ein Grauen befällt. Ein Blick in die Wirklichkeit des Kapitalismus, und aus dem Zusammenbruch des schillernden Gebäudes seiner Illusionen tut er den Sprung in das große Unbekannte, das seinem bürgerlichen Denken Rettung, Befreiung verheißt. Nur wenige dieser Hilflosen, Ausweglosen finden den Weg zum Proletariat, und das sind bestimmt nicht die Schlechtesten. Die meisten sind unfähig, ihre Not als gesellschaftliches Problem zu erfassen.

Und die Gesellschaft selbst? Sie verschließt die Augen vor den Tatsachen, sie sucht nach Erklärungen, die Stückwerk bleiben.

Das Proletariat aber muß in den Schülerselbstmorden Symptome des Untergangs einer Gesellschaft sehen, deren junge Generation nicht mehr wagt, sich selbst zu bejagen. Mit allen anderen Gebeln des Kapitalismus werden auch die Schülerselbstmorde erst der Vergangenheit angehören im Sozialismus, der heuchelndes Moralisieren durch unbeschwerter Natürlichkeit ersetzt, der statt des Berechtigungsscheins Leistung und Gleichachtung jeder Arbeit gelten läßt, und in dem alles Leben und Wirken, alles Schaffen und Denken kreist um die eine gewaltige Idee der Gemeinschaft.

Hans Jahn.

Hochwasser auf Java

Amsterdam, 9. April 1932.

Ganz Mitteljava ist von einem schweren Hochwasserunglück heimgesucht worden. Die durch das Hochwasser verursachten Verwüstungen sind unbeschreiblich. Einige Dörfer sind meterhoch verschlammmt, nicht weniger als 130 Häuser sind zerstört worden. Die Eisenbahnlinie ist zum Teil unterpült, zum Teil meterhoch mit Steinen bedeckt. Die ganze Gegend gleicht einem förmlichen Schlammfeld, durchsetzt mit Steinblöcken.

Deichbruch in Oldenburg

Oldenburg, 9. April 1932.

Das Gebiet an der oldenburgisch-ostfriesischen Grenze bei Holtgast und Hengstforde ist, nachdem erst im Januar ein Hochwasser große Millionenschäden angerichtet hatte, erneut von Hochwasser heimgesucht worden, das durch starke Westwinde, Regenböen und Springfluten verursacht worden ist. Der Deich bei Hengstforde ist in einer Länge von 10 Metern geborsten. Das ganze Gebiet an der Straße Augustfehn-Apen gleicht einem großen See. Auch im Flußgebiet der Hamrliche stehen viele Morgen unter Wasser. Der Schaden an der Saat ist erheblich.

Fürs Vaterland gestorben

Bautzen, 9. April 1932

Am Donnerstag wurde, wie erst jetzt bekannt wird, bei einer Fährübung der 5. Batterie der 2. Abteilung des Artillerieregiments Nr. 4 auf dem Übungsplatz Litten der aus Leipzig stammende Kanonier Taucher von einem durchgehenden Gespann mitgeschleift. Taucher, der der Reichswehr erst kurze Zeit angehört, wurde so schwer verletzt, daß er kurze Zeit danach verstarb.

Todesurteil

Allenstein, 9. April 1932.

Am Freitag wurde vom Allensteiner Schwurgericht ein Todesurteil gefällt. Vor etwa einem Monat hatte der Besitzersohn Walter Buchholz aus Lindenbergr, Kreis Osterode (Ostpreußen), in den späten Abendstunden durch ein Fenster seinen Vater erschossen. Die Familie, die zu der Baptistengemeinde gehört, war mit anderen Mitgliedern dieser Gemeinde im Hause des Buchholz beim Einüben von Gesangsvorträgen. Der Sohn war über Land gegangen und hatte sich dann eine Viertelstunde lang auf dem Hof aufgehalten, um seinen Vater durch das Fenster mit einem Kopfschuß zu töten. Welche Motive den 19jährigen zur Tat veranlaßt haben, ist nicht erwiesen. Die Verhandlung ergab dies auch nicht einwandfrei. Buchholz, der in der Voruntersuchung ein umfassendes Geständnis abgelegt hatte, erzählte jetzt, er habe nicht auf seinen Vater gezielt. Der Schuß wäre ihm aus Versehen losgegangen. Die Aussagen sind aber unglaubwürdig. Der goldene Schießsachverständige hält es für ausgeschlossen, daß

der Schuß aus Zufall abgegeben wurde und der medizinische Sachverständige lehnt die Zuhilfenahme des § 51 ab. Entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts erkannte das Schwurgericht auf Mord und verurteilte Buchholz zum Tode.

Geständnis eines Mörders

Trier, 9. April 1932

Der Fall des in der Nacht zum Donnerstag verschwundenen Landwirts Peter aus Sinz, Bezirk Trier, wurde im Laufe des Freitags aufgeklärt. Der unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftete Landwirtssohn Jakobus hat am Freitagabend ein Geständnis abgelegt. Danach ist er gegen Mitternacht auf dem Nachhausewege mit Peter in einen Wortwechsel geraten, der in Tätlichkeiten ausartete. Dabei hat Peter zwei Schüsse abgegeben, die aber ihr Ziel verfehlten. Daraufhin hat Jakobus seinen Gegner erwürgt und die Leiche im strömenden Regen nach Remich geschleppt und dort in die Mosel geworfen. Die Leiche wurde am Freitagabend einige Meter vom Ufer entfernt im Schlamm aufgefunden. Unter dem Verdacht der Anstiftung oder Mittäterschaft wurde die Ehefrau des Ermordeten verhaftet, mit der der Täter ein Verhältnis unterhielt.

Petrus im Zylinderhut

Rom, 9. April 1932

Der Vatikan hat seinen ersten Strafprozeß seit dem Bestehen des neuen Staates. Als dieser Tage die Frühmesse im Gange war, setzte ein Mann namens Ernesto Nardoni einer Petrus-Statue am Hauptaltar der Basilika plötzlich einen Zylinderhut auf den Kopf. Dann nahm er eine Hand voll Münzen aus der Tasche und warf sie auf den Boden. Nardoni festgenommen. Ueber die Gründe seines seltsamen „Attentats“ gibt er keinerlei Auskünfte.

Fette Beute

New York, 9. April 1932.

Zollbeamte beschlagnahmten an Bord des französischen Passagierdampfers „Ile de France“, mit dem Stimson am heutigen Freitag abfährt, 24 000 Unzen (rund 700 kg) Kokain, Morphin, Heroin und Kodein, die als Spielsachen deklariert waren und einen Wert von 1 440 000 Dollars haben. Im Zusammenhang hiermit wurde ein Mann verhaftet, als er im Begriff war, den Zug nach Montreal zu besteigen.

Nach dem Brand



Blick auf die Ruinen der Schrannehalle, der großen Markthalle auf dem Münchener Viktualienmarkt, nach dem Großfeuer.

Goethe, der Mensch

/ Von Anna Siemsen

Goethe beklagt sich einmal gegen Eckermann bitter, daß er ein Aristokrat und ein Aristokrat sein will, den „demokratischen“ Geist habe, der in Wahrheit ein Aristokrat gewesen sei. Solche Klage ist man zunächst gewohnt als durchaus unberechtigt beiseite zu schieben. Goethe, der Gebelurzt, die Exzellenz, der Besitzaristokrat nach seinem eigenen Geständnis, weniger aristokratisch als der rebellierende Schiller, der über seine Räuber das Motto: „In Tyrannos“ setzte und noch im Teil die ewigen Rechte der Unterdrückten von den Sternen holen wollte? Und doch hat er Recht. Was ihn durch sein ganzes Leben begleitet, was immer wieder durchbricht durch die Hülle der Exzellenz, ist eine unmitelbare engste Verbundenheit mit allem einfach Lebendigen. Das läßt ihn überall gern den Umgang gerade der schlichtesten Menschen suchen, läßt ihn gern untergehn in den Massen als Unbekannter (sein Hang zur Verkleidung, zum Inkognito rührt daher) gibt ihm ein unglaublich feines Verstehen für die Lebensäußerungen von einfachen Menschen, Kindern, Tieren.

So finden wir ihn immer wieder, sein Lebenlang, am glücklichsten in ganz einfacher Umgebung: als halben Knaben in obskurer Frankfurter Kneipe, als Leipziger Student bei dem philosophischen Dresdner Schuster, als Bauernknecht verkleidet in Sesenheim, Erbsen pahlend und kochend im Wetzlarer Bauernwirtschaftshaus, als einsamen Reisenden zwischen italienischen Musikanten und Hausierern, beim französischen Feldzug, behaglich in der Bauernküche den Suppentopf bewachend. Seine Aristokraten-Umwelt nahm ihm das übel, warf ihm den Hang zur schlechten Gesellschaft vor. Er wehrt sich dagegen. „Gute Gesellschaft hab' ich gesehen. Man nennt sie die gute, wenn sie zum kleinsten Gedicht keine Gelegenheit gibt.“ Und er verspottet ihren unberechtigten Hochmut in Wagner, der sich Faust gegenüber auf der Osterkirmse dagegen verwahrt, daß er sich hier nicht allein verlieren werde: „weil ich ein Feind von allem Rothen bin.“ Während der gelehrte Doktor behaglich aufatmet in dem ziemlich tollen Treiben: „Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein.“

Es ist wirklich unmöglich, Schiller sich in gleichen Situationen gleich hingeben an die Gegenwart zu denken. Ihn trennte jederzeit von der alltäglichen Gegenwart die Richtung ins Allgemeine, Philosophisch-Abstrakte. „Er war ja so ein Goethe, halb besonnen, halb gutmütig spottend, am Teetisch so groß wie im Staatsrat.“ Und im Nachruf an den Freund unterstreicht er den Gegensatz: „Denn hinter ihm in wesenlosem Scheine lag, was uns alle bündigt, das Gemeine,“ wobei Gemeines beiläufig nicht in abschätzigem Sinn gemeint ist, sondern als Alltägliches, Einfaches, allen Gemeinsames. Dies gerade hielt und fesselte Goethe.

„Warum treibt sich das Volk so und Es will sich ernähren, [schreit? Kinder zeugen und die nähren, so gut es [vermag. Merke dir, Reisender, das, und tue zu Hause [dasselbe. Weiter bringt es kein Mensch, stell' er sich [wie er auch will.“ Er erlebte eine weit reichere Welt als wir

Durchschnittsmenschen. Und diese Empfänglichkeit bestimmte ihn zugleich zum Dichter und zum Naturforscher. Zum Dichter, weil sie mit einer gleichen Lebhaftigkeit und Differenziertheit des Empfindes zusammentraf. Er hat das selber sehr wohl gefühlt. „Lebhaftes Empfinden der Zustände und die Fähigkeit, sich auszudrücken, das ist es doch, was den Dichter macht“, sagt er einmal. Es läßt sich keine bessere Umschreibung seines eigenen Wesens denken.

Diese lebhaft empfindende machte ihn nun aber notwendig durchaus natürlich und durchaus vorurteilslos. Es läßt sich kein moralisierender Mensch denken als er, keinen, dem jede Affektation fern lag. Wir werden sehr oft mit seinen Wertungen nicht einverstanden sein. Immer aber sind diese Wertungen bestimmt durch eine bestimmte soziale Zweckmäßigkeit, nie durch mystische, metaphysische, dogmatische Bindungen. Ehebruch ist ein großes Unglück, ein Verhängnis — weil die Ehe eine unentbehrliche gesellschaftliche Einrichtung ist. Das Wort Sünde hat in seinem Wörterbuch keinen Platz. An seine Stelle tritt: Krankheit, Unverstand, Verhängnis. Und so liegt in jeder Verfehlung die Möglichkeit, sie zu überwinden, falls man nur nicht bei ihr stehen bleibt, sich nicht verkrampft: „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen.“

Das ist das ungemein Befreiende der Goetheschen Welt, daß hier die Voraussetzung einer einheitlichen, sich ewig entwickelnden, ihren Gesetzen folgenden Welt gemacht wird, in welcher jeder Augenblick Gegenwart, das heißt Erfüllung ist, weil in ihm alle Vergangenheit sich vollendet, alle Zukunft sich voraus verkündet. „Nach dem Gesetz, nach dem du angetreten, so mußt du sein, dir kannst du nicht entfliehen... Und keine Zeit und keine Macht zerstückelt, Geprägte Form, die lebend sich entwickelt.“ Diese Ansicht gibt ihm die großartige Duldsamkeit. Sie ist jeder Spießbücherei, jeder Unduldsamkeit absolut tödlich.

Sie gibt ihm aber auch die Gelassenheit der Zuversicht allem Wandel gegenüber. Denn die geprägte Form, die sich lebend entwickelt, führt in der Entwicklung schließlich zum Zerfall und zu neuem Aufbau. Nur Tod gibt es in dieser Weltanschauung nicht:

„Das Ewige regt sich fort in allen, Denn alles muß zu nichts zerfallen, Wenn es im Sein beharren will.“

Hier ist selbstverständlich auch kein Dualismus zwischen Gott und Natur, Mensch und Natur möglich. „Ist nicht der Kern der Natur Menschen im Herzen?“ Und Gott selbst ist nichts als das innere Gesetz der ewig sich regenden und schaffenden Natur.

Es ist nur ein letzter Schritt von dieser Auffassung von der inneren lebendigen Gesetzmäßigkeit alles natürlichen und menschlichen Geschehens zur Erkenntnis der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeit. Goethe hat im Keime diese Erkenntnis durchaus, was er über die Unvermeidlichkeit gesellschaftlicher Entwicklungen sagt, über die Notwendigkeit jeder Revolution, die sich verwirklicht, das führt bis an die Schwelle der marxistischen Auffassung. Es war nur die geschichtliche Situation, nicht eine Schwäche oder Uneinheit-

lichkeit seiner Auffassung, was diesen Schritt verhinderte.

Diese seine große Konzeption hebt ihn sehr weit über die viel beschränktere idealistische Auffassung Schillers, stellt ihn sehr in die Nähe des ganz späten, reifen und von seiner Zeit durchaus mißverstandenen Lessing, macht aber auch ihn hoffnungslos einsam.

Er gehört damit in die Reihe jener großen Einsamen, welche der Kapitalismus geschaffen hat, deren erster Shakespeare ist, deren letzte heute einen schweren Kampf um die Luft zum Atmen in einer ihnen abgewandten Welt kämpfen.

Indem der Kapitalismus die Welt revolutionierte, stellte er die Menschheit vor die Aufgabe, im Sturm dieser Entwicklung ihr eigenes Bewußtsein zu revolutionieren. Die große Masse tut das entsprechend den jeweiligen Ereignissen. Sie hat nicht das Bedürfnis der Konsequenz, nicht das Gefühl der Zusammenhänge, nicht die Fähigkeit der Folgerung. Wer wacheren Bewußtseins, lebendigeren Gefühls, stärkerer Intelligenz ist, gerät daher sofort in die Gefahr der Isolation, in die Lage, „gekruzigt und verbrannt“ zu werden, macht die Erfahrung des Angelus Silesius:

„Sei nur nicht gemein, so wirst du überall in einer Wüsten sein.“

Das ist durchaus nicht allgemeines Schicksal der Großen, sondern das spezifische Kennzeichen unserer Gesellschaft. Es hat Goethe sehr stark getroffen. Er reagierte, indem er bei wachsendem Alter sich immer mehr auf sich zurückzog, indem er resignierte. Dieser erfolgreichste Mensch macht in den letzten

Es gibt keinen Golfstrom?

Prof. Dannois, der Vorsitzende des Instituts für Wissenschaft und Technik des Fischfangs in Paris, hat eine aufsehen-erregende, in wissenschaftlichen Kreisen stark diskutierte Behauptung aufgestellt, die nicht mehr und nicht weniger besagt, als daß es überhaupt keinen Golfstrom gibt!

Eine einheitliche Meeresströmung, die aus den Tropen zu uns gelangt, existiert nach der Auffassung von Dannois überhaupt nicht. Denn die warmen Wassermengen, die in strengen Wintern und heißen Sommern die bekannte ausgleichende Wirkung erzielen, haben nach Meinung dieses Gelehrten einen ganz anderen Ursprung. Dannois geht sogar so weit, daß er exakte Beweise über das Nichtexistieren des Golfstroms anführt, die in der wissenschaftlichen Welt wohl ernste Auseinandersetzungen zur Folge haben werden. Einen Beweis für die Existenz des Golfstroms sah man bisher insbesondere in der Tatsache, daß sogenannte „Flaschenposten“, die an der Küste von Mittelamerika dem Meere überantwortet wurden, vielfach in die europäischen Gewässer gelangten. Dannois hat auch hierfür eine Erklärung. Er sagt, daß während des größten Teiles des Jahres auf dem Atlantischen Ozean westliche Winde wehen, welche die Fähigkeit haben, die Strömung des Meeres bis zu 15 m

Jahrzehnten seines Lebens die Entschagung zu seinem Grundsatz. „Die Entschagenden“ nennt er den zweiten Teil seines Wilhelm Meister und variiert in ihm die Wahrheit, daß jeder Mensch sein Leben einmal ganz radikal entsagen müsse, um den ewig wiederkehrenden kleinen Entschagungen zu entgehen. Das ist das Fazit des Lebens, das noch heute dem bürgerlichen Spieler als das Vorbild des Glückes und Erfolges erscheint, das notwendige Los jedes unter der Tiefe Lebenden, der dem Untergang in der heutigen Gesellschaft entgehen will.

Goethes Entschagung nahm eine großartige Wendung: in eine rastlose Tätigkeit hinein.

„Alles um Liebe“

hieß das Motto, das der jugendlich Verwöhnte auf seinen Siegelring schreiben ließ. Er machte die Erfahrung, daß auch Liebe nichts Dauerndes im ewigen Wechsel, nichts Zuverlässiges in der ihn umgebenden Welt der Heucheleien und Prätensionen sei. Der Alternde setzt sich ein anderes:

„Noch ist es Tag, da rühre sich der Mann.

Es kommt die Nacht, da niemand wirken [kann.“

Dies schöpferische Ausströmen in sein Werk war es schließlich, worin er die Erfüllung seines Lebens, das „Stirb und Werde“ fand, das ihm die Erlösung bedeutete. Aber auch dies sein letztes Motto ist vom Bürger zum schwer verzerrt worden, zur Apologie einer sinnlosen Arbeit um der Arbeit willen, die den Leerlauf des Profitstrebens und der Machthäufung entschuldigen soll. Wir bedürfen eines Blickes auf Goethes Werk, um dessen Sinn anders und lebendiger zu erfassen.

Die Erzählung „Der Sturm bricht los“ von Fr. Rück wird in der nächsten Nummer fortgesetzt. Die Redaktion.

TARASSOFF-RODIONOFF SCHOKOLADE

Nach dem russischen Original zugeführt und ohne Änderungen überarbeitet von Alexandra Ramm. Copyright by Franz Pfandert, Berlin-Wilmersdorf.

20. Fortsetzung

„Ich bin bereit!“ sagt er hochmütig zu Schustry. „Doch möchte ich Sie vorher in Kenntnis setzen, daß in der Tschecha ohne mein Wissen kürzlich eine Zertrümmerung vor sich geht. Heute nacht hat man zwei meiner Mitarbeiter verhaftet. Fomin hatte sich nicht einmal die Mühe genommen...“

„Fomin hat damit nichts zu tun; Ihre Mitarbeiter sind von mir verhaftet worden!“ unterbricht ihn Schustry. „Genosse Ignatjew, wo könnten wir ein freies Zimmerchen haben, um uns, sozusagen, offen auszusprechen?“

Schustry wiehert listig. „Es gibt hier schon Zimmer“, er drückt auf den Knopf, der Sekretär wird Ihnen gleich eins anweisen.“

„Übrigens“, wendet sich Schustry an Sudin, während er Ignatjew anblickt, „erlauben Sie mal Ihren Revolver!“ Sudin reicht ihm den Revolver, den Schustry in seine Hosentasche steckt.

„Haben Sie vielleicht noch einen?“

„Nein.“ Als sie schon an der Tür sind, eilt er zu Ignatjew zurück und flüstert diesem etwas ins Ohr; Ignatjew winkt mit dem Kopf.

„Wie das alles widerlich ist“, Sudin schüttelt's vor Ekel, „diese rührende Konspiration vor mir, und wie schlaue alles vorbereitet ist. Dieser Ignatjew. Na, warte, Freundchen: wir wollen mal die Karten aufdecken!“

Sie gehen bis zur dritten Etage in ein ent-

legenes Zimmer, in dem nur ein Tisch und drei Stühle stehen. Durch das Fenster, das auf den Fluß hinausgeht, sieht man in der Sonne einen Wachturm.

Schustry schließt die Türe auf und schließt sie dann sorgsam selbst zu mit dem ihm übergebenen Schlüssel. Er nimmt an dem Tisch Platz und breitet eine Menge Papiere aus seiner Aktentasche vor sich aus. Er gibt sich den Anschein, als suche er mit gespannter Aufmerksamkeit etwas in den Papieren. Die schwarzen Augen stechen aus dem Gelb seines Gesichtes und dem Grau des kurz geschorenen Kopfes und des munteren, kurzen, silbergrauen Schnurrbärtchens noch mehr hervor.

„Dem Z. K. ist gegen Sie eine Anklage zugangs“, beginnt er mit der Vertraulichkeit eines unfruchtigen Katers, und seine Augen streifen über den Tisch, über die Papiere und haften sich fest an Sudins Aermel, als fürchte er sich, dessen Augen mit seinem Blick zu treffen, „eine Anklage, über deren Inhalt Sie sich wohl klar sein dürften.“

„Ich pflege mich nicht mit der Estratsehung von schmutzigen Klatschereien zu beschäftigen.“

„Wir werden bald die Sache aufklären, ob es Klatschereien sind oder etwas anderes“, zwitschert Schustry, als mache er sich über Sudin lustig.

„Also wollen Sie mir doch sagen, Genosse Sudin, das Wort Genosse klingt falsch und beabsichtigt beleidigend, als habe man einem Menschen zur Begrüßung einen Frosch in die Hand gedrückt. Sudin fühlt das alles messerscharf, und er beginnt innerlich vor Wut zu beben.“

„Also sagen Sie mir, Genosse Sudin, wieviel, wann und von wem haben Sie Bestechungen angenommen?“

Wenn man unmittelbar vor Sudin plätsch aus einer Kanone geschossen hätte, würde das Anprallen des Schalles nicht stärker wirken können. Alle Muskeln seines Gesichtes begannen zu springen, die Nasenlöcher blähen

sich auf, die Augen weiten sich vor Haß und Verachtung, die Zähne wühlen sich in die Unterlippe hinein.

„Nun wie ist's, Genosse Sudin“, spottet gutmütig Schustry, „wollen Sie die Frage gleich beantworten oder wollen Sie es sich überlegen?“

„Ich betrachte Ihre Frage als einen schändlichen Versuch, mich zu beleidigen“, Sudin bringt diese Worte wie mit einer Fremden, verfallenen Stimme heraus.

„So, so“, lächelt freundlich Schustry, „ich habe vergessen, daß Sie ein erfahrener Mann sind. Welcher Esel wird jetzt so blöd sein, um selbst unmittelbar Bestechungen anzunehmen, wo doch zu diesem Zwecke die Institution der Sekretäre, und hauptsächlich der Sekretärinnen, besteht. Eine bequeme Einrichtung: eine schöne Maid verrichtet alle diese Angelegenheiten in allen Ehren und ist auch als Bettgenossin für einen da; die Hauptsache aber ist: durch sie ist es so leicht, seine Taschen zu füllen. Nicht wahr, Genosse Sudin?“

Er lacht und tanzt mit dem Schwarz seiner Augen über die vereisten Gedanken des erstarrten Sudin.

„Ich habe keine Sekretärinnen und verstehe Ihre Anspielungen nicht. Wenn Sie konkrete Tatsachen besitzen, so belieben Sie, sie mir mitzutellen. Das wäre doch besser, als in Rätzeln zu sprechen“, sagt Sudin und denkt: ob das alles nicht unsinniger Traum ist?

„Ach so! Wer nicht gefaßt ist, ist auch kein Dieb? Dann wollen wir es anders machen“, denkt Schustry, laut den Genuß der Vernehnung auskostend. „Sie sind ja kein Knabe und in der Partei kein Neuling, um zu verstehen, daß die mangelnde Aufrichtigkeit und das hartnäckige Leugnen Sie in den Augen des ZK ganz besonders charakterisieren und Ihre Handlungen in ganz besonderer Weise qualifizieren.“

„Was hat das ZK damit zu tun?“ unter-

bricht ihn ärgerlich Sudin, den eine neue Welle von Wut überkommt, es regt sich in ihm der Wunsch, diesem Idioten den runden Schädel einzuschlagen.

„Ich untersuche ja die Angelegenheit im Auftrage des ZK!“ sagt Schustry, selbstzufrieden den Kopf erhebend. Ueber Sudin stürzen wieder Gerüste zusammen. Schustry angelt aus seinem Portefeuille einen Bogen Papier heraus und stellt an Sudin liebevoll ruhig, wie ein Totengräber, der von einer Leiche Maß nimmt, die bei Vernehmungen üblichen Fragen: über Alter, soziale Lage und so weiter, und trägt die Antworten ruhig in das vor ihm liegende Papier ein.

„Sie erinnern sich an keinen Fall, wo Sie von Ihnen Untergebenen irgendwelche Geschäfte in irgendeiner Form angenommen haben?“

„Nein, ich erinnere mich nicht.“

„Vorzüglich. Wir wollen es also notieren: ich erinnere mich nicht. Nun, und zum Beispiel von Walz?“

Dichte Rote bedeckte Sudins Gesicht. Wie konnte er das ganz vergessen. Zum Teufel, wie das jetzt aussieht?! denkt er.

„Man braucht ja die angenommenen Bestechungen nicht selbst anzunehmen: das ist ja bequemer durch seine Angehörigen zu machen“, spöttelt Schustry.

„Es ist mir bekannt, daß meine Frau ohne mein Wissen sich erlaubt hat, von Walz einmal eine Kleinigkeit anzunehmen“, stottert verwirrt Sudin.

„Ohne mein Wissen! — das ist prachttvoll! Warum haben Sie sich dann nicht die Mühe genommen, diese „Kleinigkeit“ zurückzugeben? Aber dies nur so nebenbei. Nun sagen Sie mal, Genosse Sudin, was nennen Sie eine Kleinigkeit?! Halten Sie zum Beispiel zwanzig Pfund Gold auch für eine Kleinigkeit?!“ Schustrys Aenglein beginnen wieder in den Papieren zu wühlen.

Kandidatenliste Westfalen-Nord

1. Max Seydewitz, Berlin,
2. Heinrich Buchfort, Buer-Hasse!
3. Willy Freischläger, Ahlen,
4. Moritz Kolditz, Bielefeld,
5. Wilhelm Holtkötter, Münster,
6. Paul Schlesiger, Bottrop,
7. Ferdinand Zimmermann, Rinteln.

Diese Liste wurde vom Bezirksparteitag Westfalen-Nord für die kommende Landtagswahl aufgestellt.

Düsseldorf

Kreistagesitzung. Der Kreistag nahm Stellung zum Etat. Von der SAP waren eine ganze Reihe Anträge gestellt mit dem Ziel, das Los der Opfer der Wirtschaftskrise zu lindern. Unsere Genossen Zöllig, Westerholz und die Genossin Pütz wiesen darauf hin, daß man zur Förderung der Viehzucht 65 Proz. des Ansatzes aus 1931, dagegen nur 55 Proz. für Kriegsbeschädigte, Invaliden, Allgemeine Fürsorge, Wöchnerinnen usw. eingesetzt hätte. Sie beantragten, zur Förderung der Viehzucht usw. 50 Proz. einzusetzen, und die Ersparnisse den Aermsten der Armen zu überweisen. Dieser Antrag wurde von SPD abgelehnt. Unsere Redner betonten, daß der Landkreis pro Partei der Wohlfahrtserwerblosen im Monat nur RM. 33.—, das sind pro Kopf RM. 2,52, aufwendet. Sie beantragten deshalb, die in Frage kommende Etatsposition soweit zu erhöhen, daß auf die Partei RM. 50.— entfallen. Die SPD lehnte ab. Im Bericht der SPD-Pressen über den Kreistag wurden diese Anträge der SAP als Agitationsanträge bezeichnet. Auch die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen, soweit sie die Herabsetzung der Fürsorge-Richtsätze betrafen, lehnte die SPD ab, obwohl es im Jahresbericht der Kreisverwaltung heißt, daß in großem Ausmaße bei den 13—14jährigen Schulpflichtigen Schwächeanfalle auftreten, daß die Tuberkulose-Anfälligkeit bei Jugendlichen außerordentlich hoch sei, daß namentlich unter den älteren Leuten die Sterblichkeitsziffer stark gestiegen sei, und zwar, wie es ausdrücklich in dem Bericht heißt, infolge ungenügender Ernährung. Unsere Redner wiesen weiter darauf hin, daß der Landkreis rund 43 000 RM. für Reisekosten und Telefon ausgibt. Er beantragte, die Etatsansätze um ein Drittel zu vermindern. Auch dies wurde durch die SPD abgelehnt. Der SPD-Redner brachte eine ganze Anzahl von Fällen vor, die so recht die Not schilderten. Er mußte sich aber sagen lassen, daß die Notverordnungen schuld sind an diesem Elend. Trotzdem blieb die SPD auf ihrem Standpunkt und stimmte gegen die Entschlüssen, die die Aufhebung der Notverordnungen forderten. Nur bei einigen Kleinigkeiten fanden die Anträge der SAP bei der SPD Gnade. Im übrigen stimmten sie wacker mit den bürgerlichen Parteien, insbesondere mit dem Zentrum, gegen alle Anträge der SAP. Die SPD hatte ihrerseits eine Reihe von Anträgen eingereicht, für die sich die bürgerlichen Parteien ebenfalls einsetzten. Mit Recht erfolgte nach Annahme dieser Anträge der Zwischenruf: „Dafür können sich die Arbeitslosen kein Brötchen kaufen.“

Ahlen

Die Mitgliederversammlung der SAP befaßte sich mit dem Reichsparteitag und der Preußenwahl. Den Parteitagbericht gab Genosse Freischläger. Die ideologische Entwicklung von der ersten Reichskonferenz bis zum ersten Parteitag — das wurde einmütig festgestellt — ist in der Prinzipienerklärung und dem Aktionsprogramm zum Ausdruck gebracht und wird organisatorisch und politisch das Fortschreiten der Partei günstig beeinflussen. — Zur Preußenwahl wurden insbesondere die Wahlarbeiten besprochen, die an die Mitglieder besondere Anforderungen stellt. Die Bearbeitung der Kreise Lüdinghausen-Warendorf-Beckum erfordert den letzten Mann zur Aktivität. Dienstag, 12. April, 20 Uhr, findet die erste Wählerversammlung im Lokal „Ulmenhof“ mit dem Genossen Zweilig-Berlin statt. Mittwoch, 19. April, eine Versammlung mit dem gleichen Referenten in Selm und am 16. April in Oelde. Alle Genossen müssen sich, soweit möglich, für die Wahlarbeit zur Verfügung stellen und, laut Beschluß, je 10 Exemplare der „Fackel“ Nr. 15 und 16 verteilen.

Hamburg

SAP eröffnet Wahlkampf für die Bürgerschaft. Gleichzeitig mit den Preußenwahlen wählt Hamburg sein Stadt- und Landesparlament, die Bürgerschaft.

Die SAP hat in ihrer Mitgliederversammlung am 7. April den Wahlkampf eröffnet. Genosse Stahmer referierte. Er schilderte die Zusammenhänge der Situation im Welt-hafen Hamburg mit der wirtschaftlichen und politischen Gesamtlage. Die Grundfragen der heutigen Politik: Krise des Kapitalismus, Faschismus, Staat, Demokratie, Eiserner Front usw. dürfen auch im Bürgerschaftswahlkampf nicht unbeachtet bleiben. Man kann keine Kommunalpolitik ohne Klarheit über das heutige System und die Lage der Arbeiterklasse treiben. Unsere revolutionär-sozialistischen Grundsätze müssen auch im Bürgerschaftswahlkampf in den Vordergrund gestellt werden, ohne daß wir dabei vergessen dürfen, an die Tagesnöte der Proletarier anzuknüpfen. Prinzipienerklärung und Aktionsprogramm des Parteitag geben unserem Kampf eindeutige Richtlinien. Wir lassen auch im Wahlkampf und nach ihm unser Ringen um die geschlossene Klassenfront Leitsatz unserer Politik und Taktik sein. Die Diskussion war posi-

Bruch mit der SPD

Wir werden um Veröffentlichung folgenden Briefes gebeten.

An den Bezirksvorstand der SPD in Weimar

Als ich am 1. November 1921 der SPD beitrug, war ich, besonders durch meine Arbeit als Lehrer, durch meinen Umgang mit verelendeten Proletariatskindern, zu der Ueberzeugung gekommen, daß man gegen das furchtbare Massenelend kämpfen müsse. Ich erkannte das Wesen des Pestalozzi'schen Wortes: „Das Wimmern des Menschenge-schlechts unter dem Druck des gesellschaftlichen Unrechts dringt an unser Ohr.“ Ich erkannte als heilige Pflicht den Kampf gegen das soziale Unrecht. Ich wollte kämpfen helfen. Ich glaubte in der SPD eine entsprechende ehrliche Kampforganisation zu finden.

Ich war bald enttäuscht. In verschiedenen Fällen erkannte ich, daß die Partei eher eine Beruhigungs-Organisation, eine Organisation zur Konservierung des gesellschaftlichen Unrechts, sei. Schon 1925 prangerte ich ein Parteiblatt an, weil ich angeblich das eigene Nest beschmutzt hätte, indem ich in einem Falle zu der Feststellung gekommen war, daß „sozialdemokratische Arbeiter von gewissen Führern belogen und betrogen worden“ seien. Ich kämpfte energisch gegen den unehrlichen, konservativen Kurs und glaubte jahrelang, die Maschinerie des Parteiapparats sei doch einmal zu erschüttern, und es müsse doch einmal möglich sein, der schändlichen Duldung des Massenelends ein Ende zu machen.

Ich weiß jetzt aber, daß ich in der Partei allein stehe. Letzten Endes gelingt es dem brutalen Apparat immer wieder, seine Macht zu behaupten. Die Zahl der wirtschaftlich vom Apparat Abhängigen ist zu groß, ebenso die Zahl der hoffenden Anwärter. Ein abhängiger Angestellter und Interessenten-körper erdrückt immer wieder jeden Keim einer kämpferischen Politik, die zugunsten der

Aermsten geführt werden müßte. Für eine gewisse Schicht mit geheimnisvollen Gehältern ist die soziale Frage privatim gelöst. Eine gewisse Schicht ist sehr an der Verhinderung eines wirklichen Sozialismus interessiert, weil in einem ehrlichen sozialistischen System gewisse Schmarotzergehälter nicht mehr möglich wären.

Es reut mich nicht, daß ich so lange gehofft habe, einen kämpferischen Kurs in der Partei herbeiführen zu helfen. Nachdem es nun aber zu meiner festen Ueberzeugung geworden ist, daß das eine Unmöglichkeit ist, muß ich in Uebereinstimmung mit dieser Ueberzeugung einer Partei mit solcher bankerotten Schandpolitik den Rücken kehren. Ich kann die Verantwortung für diese Politik, die geeignet ist, das soziale Elend verewigen zu helfen, auch durch einfache Mitgliedschaft nicht mehr verantworten. Wer die Praxis der SPD klar erkannt hat, für den ist es ein Verbrechen, diese Politik, die die verelendeten Massen aus dem Regen in die Traufe führt, im geringsten zu unterstützen. Ich trete aus der SPD aus.

Meinen Freunden, die in der Beurteilung der Parteikorruption mit mir übereinstimmen, trotzdem aber noch der Hoffnung sind, eine Regeneration der Partei erreichen zu können, wünsche ich den Erfolg, an den ich nicht mehr zu glauben vermag. Nach meiner Erfahrung hat die Partei zu lange die Rolle eines feigen Hundes gespielt, der manchmal bellt und niemals beißt und deshalb selbst von Kindern und Feiglingen nicht mehr ernst genommen wird. In diesem Sinne ist die SPD bankerott. Sie ist ein untaugliches Werkzeug, eine unzuverlässige und für das verelendete Volk selbstmörderische Waffe geworden.

Otto Kaufmann, Schmölln.
Genosse Kaufmann ist in die SAP eingetreten.

tiv, sachlich und unterstrich die Bedeutung der Wahlen für die SAP, die als junge Partei sich zum erstenmal an eine größere politische Aktion selbständig heranmacht. Bei der Vorstandswahl wurde der Genosse Stahmer einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt, zum 2. Vorsitzenden der Genosse Strober mit Mehrheit. Kassierer: Genosse Lange, Beisitzer: Thunack, Cohn, Haase, Seidl, Reese. Das Parteibüro der SAP und unsere Buchhandlung werden in den nächsten Tagen in der Abtstraße eröffnet. Vorwärts! Proleten! Alle Mann an Deck für die Sozialistische Arbeiter-Partei Liste Stahmer-Elsner.

Elmshorn

Der Wahlkampf. Die Funktionärsitzung der Partei war sich darüber einig, daß für den Preußenwahlkampf alle Kräfte angespannt werden müssen, um der SAP-Liste zum Siege zu verhelfen. Neben Flugblattverteilung, Broschürenverkauf usw. sollen in Pinneberg und Uetersen Versammlungen mit einem Hamburger Referenten durchgeführt werden. In Horst und Tornesch wird Genosse Muhr, Elmshorn, sprechen. In Elmshorn findet am Dienstag, 19. April, im „Klosterhof“ eine öffentliche Versammlung mit der Genossin Dr. Käthe Frankenthal-Berlin, M. d. L., statt. Alles nähert sich auf der am Dienstag, 12. April, 20 Uhr, im „Klosterhof“ (Klubzimmer) stattfindenden Mitgliederversammlung besprochen. Restloses Erscheinen zu dieser Versammlung dringend erforderlich.

Zeitz

Mitgliederversammlung. Genosse Agricola schilderte in nahezu zweistündigen Ausführungen, für jeden leicht verständlich, Verlauf und alle wichtigen Ereignisse vom Parteitag. Genosse Hildebrand unterzog die Besetzung der Funktionärstellungen mit früheren KPO-Genossen noch einer kurzen Betrachtung. Des weitern entspann sich noch eine Debatte über den Kirchenaustritt, dessen Festlegung im Statut nach den Worten des Genossen Rosenfeld praktisch nicht gut möglich ist. Das hatte zur Folge, daß nachstehender Antrag von der Versammlung einstimmig angenommen und auch dem Bezirksparteitag zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Antrag: „Die Mitgliederversammlung beschließt, daß Funktionäre nachweisbar aus der Kirche ausgetreten sein müssen.“ Nach den Wahlen soll sich eine erneute Versammlung mit der Prinzipienerklärung und dem Aktionsprogramm befassen. Den Volkboten-Verlesungen wird in einem örtlichen Flugblatt entgegengetreten. Die aus dem Nazistumpfen an Orte ausgetretenen Nazioppositionellen umschmeicheln der Volksbote und bietet ihren zermarterten Seelen in der SPD das Himmelreich an. Die Eiserner Front verteilt schwarzweißbrote Hindenburgflugblätter, die die Volksbuchhandlung in ihrem Fenster aushängt. O, wie tief seid ihr „Linken“ doch gesunken.

Dessau

Peus redet im Landtag. Bei der Etatsdebatte im Landtag sprang auch der Senior der anhaltischen SPD gegen die Rechtsopposition in die Bresche. Herr Peus behauptete die Rechte in väterlicher Weise mit etwa folgenden Worten: „Der Reichspräsident von Hindenburg hat auch von uns gelernt. Als er 1927 in Dessau war, habe ich zwei Stunden neben

ihm gesessen.“ Dazu meinte Besser (KPD), Hindenburg habe sich nicht geändert, sondern die SPD. Wir sind aber der Meinung, daß die Äußerung Bessers auf Peus nicht zu trifft, denn nach Bessers Äußerung auf dem Magdeburger Parteitag, hat er (Peus) schon vor dem Kriege im Volksblatt „Hofpolitik“ gemacht.

Schon wieder Nazi-Ueberfall. Die Dessauer Nazis gehen jetzt ganz planmäßig als Wege-lagerer vor. Nach dem Schuf-Führer Stamm wurde der Betriebsvorsitzende Genosse Kirstein (SPD) am hellen Tage auf der Kreisstraße Dessau-Roßlau — K. wohnt in Roßlau — vom Rade gerissen und geschlagen. K. mußte sich in Behandlung begeben. Auch in Coswig wurde ein einzelner Arbeiter überfallen. Warum aber fragt das Volksblatt so naiv, ob die Polizei nicht einschreiten wolle? Sind doch überall die Genossen in den Positionen, im Land, in Dessau und auch in Coswig. Mit der Selbsthilfe wird nur gedroht, aber sie zur Tatsache werden lassen?

Seldenberg (L.)

So schlägt die „Eiserner Front“ Hitler! Wie verräterisch an der Arbeiterschaft die Parole der sogenannten „Eisernen Front“ ist: „Wählt Hindenburg, schlägt Hitler“, zeigen die Ausführungen des Kreisgruppenführers Freiberg, Lauban, in einer Mitgliederversammlung der Frauengruppe des „Stahlhelm“. Nachdem er die Gründe aufgezeigt hatte, warum der „Stahlhelm“ nicht mit den Nationalsozialisten eng zusammenarbeiten könnte, sondern bei den Preußenwahlen die Deutschen nationalen wählt, machte er weiter folgende, für die Arbeiterschaft interessante Mitteilungen zur Reichspräsidentenwahl: „Die Bemühungen des Stahlhelmführers um eine nationale Regierung scheiterten an dem Starrsinn der Führer der NSDAP. In der Nacht zum 12. Februar 1932 ließ Hindenburg dem Bundesführer mitteilen, daß er bereit wäre, eine nationale Regierung auf folgender Basis zu bilden: Reichskanzler Seldte, Vizekanzler Hugenberg, Reichswehrminister ein Soldat, die übrigen Minister von der nationalen Opposition. Ferner erklärte er sich bereit, die Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Am 13. Februar stimmte Hugenberg diesem Vorschlag zu, der Vertreter der NSDAP Göring lehnte jedoch ab. Nachdem er noch ein Loblied auf die Arbeitsdienstpflicht und auf Adolf Hitler anstimmte, aber sich gegen Rosenberg und Röhms als nicht „einwandfreie Führer“ aussprach, sagte er weiter: „Ein Führer der Nationalsozialisten hat auch kürzlich verraten, daß sie evtl. mit dem Zentrum mitarbeiten.“ Vielleicht geht nun den Arbeitern in der „Eisernen“ bald ein Seifensieder auf und erkennen, das sie in einer falschen Front kämpfen, die nicht Hitler schlägt, sondern fördert. Darum am Sonntag jede Stimme für den Arbeiterkandidaten: Ernst Thälmann!

Gunewalde

Zur Nachahmung empfohlen! Vor kurzem spendete der Tiefbauunternehmer und Inhaber des Schnittwarengeschäfts Gustav Neitsch an die hiesigen Wohlfahrtsempfänger 40 Pfd. Ziegen- und 20 Pfd. Schweinefleisch. Diese Woche hat Neitsch jedem Wohlfahrtsempfänger 1 Pfd. Rindfleisch gespendet. Unser Ort zählt mit rund 1100 Einwohnern gegenwärtig 110 Wohlfahrtserwerblose, das sind 10 Proz. der gesamten Einwohnerschaft. Genossen,

Arbeiter-Eltern!

Der DfV, Ortsgruppe, schließt auf diesen Aufruf:

Hilft den Kindern einen guten Lebensweg, wenn wir sie mit weltfremden Dogmen, Gesangbüchern und Eibelsprüchen füttern. Deshalb haben wir unsere Kinder aus dem Religionsunterricht herausgenommen (in Thüringen mehr als 16 800 Schulkinder) und haben für sie lebenskundlichen Unterricht durchgesetzt, der den Kindern klare Erkenntnis ihrer gesellschaftlichen Aufgaben und solide Bausteine für eine Weltanschauung bringen soll. Die Jugendfeier bildet den Abschluß des lebenskundlichen Unterrichts.

Schickt, Genossinnen und Genossen, eure Kinder ebenfalls in die Lebenskunde und laßt sie den Weg ins Leben durch unsere Jugendfeier gehen. Dazu seid ihr als organisierte Arbeiter-Eltern, die an anderen Fronten des Klassenkampfes tatkräftige Pflückerfüller aus innerster Ueberzeugung sind, seit langem verpflichtet. Holt veräumtes nach. Es bleibt uns kein anderer Weg als dieser, weil auf politisch-gesetzgebendem Weg unser Schulideal, die weltliche Arbeits- und Lebensgemeinschaft in der Schule nicht zu verwirklichen ist. Deshalb müssen wir zugleich um der Schule der Zukunft willen in allen Arbeiterorganisationen mitkämpfen, damit die politische Kraft der Arbeiterklasse genützt und ausgebaut wird.

boycottiert die Nazi-Geschäfte, die nichts für euch übrig haben!

Agitationsbezirksversammlung. In unserer Agitationsbezirksversammlung erstattete Genosse Bergt den Parteitagbericht. Einführend wies er darauf hin, daß der Artikel „SAP-Durcheinander“ in der „Volkszeitung“ weiter nichts bedeutet als gemeine Verdrehungen und freche Lügen. Aus seinen umfangreichen Ausführungen war zu entnehmen, daß trotz der verschiedenen Meinungen ein befriedigendes Ergebnis zustande gekommen ist. Genosse Kutsche bedauert in der Diskussion, daß wir von dem Ausscheiden verschiedener Redakteure nicht in der SAZ unterrichtet wurden, sondern dies erst aus der „Volkszeitung“ erfahren mußten. Im allgemeinen können wir mit dem Verlauf des Parteitag zufrieden sein, da eine zielklare Linie zustandekam. Er wünscht, daß die Meinungsfreiheit weiterhin in größtem Maßstabe gewahrt wird. Genosse Bürger rügt, daß die politischen Tagesfragen nicht behandelt wurden. Allgemein wurde bedauert, daß der Parteitag kurz vor Beginn von Plauen nach Berlin verlagert wurde. — Unter Verschiedenes forderte Genosse Förster nochmals zu intensiver Zeitungsverbung auf. Es kommt zum Ausdruck, daß im „Kampfsignal“ der Text durch zuviel Inserate nicht eingeschränkt werden möchte. Jeder Genosse muß es sich zur Pflicht machen, einen Gutschein für den Pressefonds zu kaufen. Es folgt eine rege Aussprache über das rote Einheitskomitee. Mit der KPD bildeten wir dieses Komitee zwecks Durchführung eines Lichtstreiks. Doch leider war die öffentliche Stromabnehmerversammlung in Cunewalde ein großer Reinfall. Der kommunistische Referent hielt weiter nichts als eine Propaganda- und Wahlrede für die KPD. Kein Wunder, wenn schon während des Referats die anwesenden Gewerbetreibenden und Landwirte die Versammlung verließen. Die Folge davon war, daß kein Streikauschub zustandekam. Die KPD hat sich damit im Orte schwer kompromittiert. Trotzdem sind unsere Genossen der Meinung, daß weiter vorgestoßen werden muß; um eine Einheitsfront zu erzielen. Anders war es in Obercunewalde, Schönborg und Weigsdorf-Köblitz. Hier mochten anscheinend die Kommunisten von dem Reinfall gelernt haben. Es wurden überparteiliche Ausschüsse gebildet, die weitere Aktionen unternehmen sollen. Gefordert wurde 50prozentige Herabsetzung des Lichtpreises, Fortfall der Zählermieten und Herabsetzung der Direktoren-Gehälter auf 6000 M. — Zwecks Abhaltung der Maifeier, die wir gemeinsam mit dem Ortsauschuß des ADGB begehen, soll an SPD und KPD herangetreten werden, um die Demonstration gemeinsam durchzuführen. Nach Erledigung kleinerer Angelegenheiten war die umfangreiche Tagesordnung beendet.

Organisationsnachrichten

SAP Düsseldorf: Funktionärsversammlung Mittwoch, 13. 4., nicht im Lokal Dauch, Kliner Straße, sondern im Lokal Taunus, Wehrbahn 70. Beginn 20 Uhr.
SAP Elmshorn: Dienstag, 12. April, 20 Uhr, im Klosterhof (Klubzimmer) Mitgliederversammlung der SAP und des SJV.
SAP Dresden: Mittwoch, 13. April, 19.30 Uhr, zentraler Ausspracheabend im Sekretariat.
SAP Dresden-Alstadt: Freitag, 15. April, Mitgliederversammlung im Volkshaus. Referat über den Parteitag und die politische Lage.
SAP Reisdamm: Montag, 11. April, 19.30 Uhr, Arbeitsausschußsitzung in der Freilichtbühne, Sportheim Rsdamm.
SAP und SJV Kameis 1. Sa.: Dienstag, 12. 4., 20 Uhr, Diskussionsabend über „Einführung in die Gedankenwelt des Sozialismus“ im Städtischen Jugendheim, Kaserne M.G. 1.
SAP Plau: Sonntag Mitgliederversammlung 1/20 Uhr im Volkshaus. Referent: H. Schaller, Leipzig.
SJV Plau: Dienstag, 21. Uhr, im Volkshaus, Diskussion mit dem KJV über die vergangene Wahl.
SAP Wilkau: Sonntag, 10. April, nach der Wahl 1/20 Uhr im Schützenhaus Mitgliederversammlung. Bericht vom Parteitag.
SJV Plauen: 10. April, 7.30 Uhr, Wanderung nach dem Burgstein; Rückkehr noch unbestimmt. Abende keine Veranstaltung. — 11. 4.: Marxistische Arbeitsgemeinschaft. — 12. 4.: im Jugendheim, Zimmer 8 (KJV), Diskussionsabend. Thema: „Was lehrt uns die Reichspräsidentenwahl“ — 13. 4.: Rote Rotte-Probe.

Sportschau der SAZ

Quer durch den Wedding

Ein Straßenlauf der Arbeitersportler

Am 8. Mai, vormittags 11 Uhr, veranstalten die Berliner Arbeitersportler ihre große Straßenlaufveranstaltung. Die Vereine ASV-Wedding, Volkspart Wedd. und SV. Mobil haben die Vorbereitungen des Laufes übernommen, und erwarten nun von den Berliner Genossen, daß sie ihre Meldungen recht zahlreich einbringen. Nachstehend die Ausschreibung:

Große Stafette, offen für alle:
7500 m, 15 Läufer = 1 Mannschaft, Wertung in allen Klassen (A, B und C).
7500 m Einzelstafette offen für alle.

Kleine Stafetten:
2000 m für Sportlerinnen: 10 Läuferinnen = 1 Mannschaft.
2000 m für Jugend: 10 Mann = 1 Mannschaft.
2000 m offen für Turner, Schwimmer, Ruderer, Handball, Hockey, Fußball und Tennis. Jede Sparte wird für sich gewertet.

2000-m-Einzelstafette für Jugend und ältere Sportler.
Kinderstafette 10 x 100 m kreisförmig.
In der großen Stafette können kleine Vereine kombinierte Mannschaften stellen. Der Streckenplan geht den Vereinen nach Eingang der Meldungen zu. Meldeschluß am 25. April 1932. Meldeschluß unbedingt einhalten.

Startgeld für Männermannschaften: RM. 1.—, für Jugend- und Frauenmannschaften RM. 0,50, für Einzelstafetten RM. 0,10. Stafettenstabe werden mit Startnummern ausgegeben. Meldungen gehen an Paul Rehfeldt, Berlin N 65, Windthorst Straße 98 D.

Waldlauf in Zwickau

Am gleichen Tag, an dem die Berliner Sportler ihren Straßenlauf haben, steht Zwickau im Zeichen eines Waldlaufs.

Der von der Bundesleitung des Arbeiterturn- und Sportbundes angesetzte Lauf ist von der Leitung des 6. Bezirks den Vereinen bzw. den Kartellen übertragen worden. Dementsprechend schreibt der Sportausschuß des Arbeitersportkartells Zwickau für alle dem Kartell angeschlossenen Vereine folgende Strecken aus und verpflichtet alle Vereine zur aktiven Teilnahme. Mädchen, Knaben, Sportlerinnen und Sportler aller Sparten sind ebenfalls zur Teilnahme verpflichtet.

Treffpunkt aller Läufer früh 7 Uhr Sportplatz Fichte. Von da Marsch nach dem Waldfahrtenplatz, daselbst Umkleiden und Trainingslauf bis zum Eingang in den Stadtpark. Dort Start und Ziel aller Läufe.

Läufe: 1. 4 x 150-m-Stafetten für Sportler, das gleiche für Knaben. — 2. 1500-m-Lauf für Sportler, das gleiche für Jugend. — 3. 4 150-m-Stafetten für Sportlerinnen. — 5. 100-m-Lauf für Mädchen. — 6. 800-m-Lauf für Sportlerinnen (über 35 Jahre). — 7. 800-m-Lauf für Sportlerinnen. — 8. Mannschaftsläufe für Knaben, eine Runde um den Parkteich (Mannschaft zu 5 Mann). — 9. 800-m-Mannschaftsläufe für Sportler (Mannschaft zu 4 Mann). — 10. Geschlossener Abmarsch nach dem Waldfahrtenplatz. Dort Spiele und Heimmarsch.

Es wird erwartet, daß alle Vereine den Vormittag des 8. Mai von sonstigen Veranstaltungen frei halten und in stärkerer Zahl am Waldlauf teilnehmen.

Arbeiter-Schach

Vierjähriges Bestehen des Arbeiterschachklubs Schkuditz.

Die Freundschaftsspiele der Arbeiterschachspieler fielen zu vollster Zufriedenheit der betreffenden Vereine aus. Merseburger gewann gegen Schkuditz 6:1. Merseburger, Markant, Schkuditz komp. 8:2.6. Genosse W o o g -Loipzig gewann im Simultanspiel gegen zwanzig Spieler 17 Partien, 3 blieben remis. Die am ganzen Tag stattgefundenen Freundschaftsspiele waren sehr gut besucht, die Schachliebhaber sind auf ihre Rechnung gekommen.

Am Abend luden sich alle Teilnehmer zu einer geselligen Abendveranstaltung.

Wenn der Schachklub auch durch die Wirtschaftskrise einige Genossen verloren hat, so sieht er heute auf seinem normalen Stand, denn die Schachgenossen haben eifrig neue Mitglieder gewonnen, um die Scharte auszuweizen.

Kleine Sportnachrichten

4. Kreis, 6. Bezirk

Gemeinsame Gruppenabstufungen am 24. April. In allen Übungsstunden wird das Bezirksmaterial bearbeitet. Nach der Turnstunde Versammlung. Bezirksleiter sind mit Ausnahme: 1. Gruppe: Vormittags 8 Uhr in Zwickau, Turnhalle Lothar-Sträß-Straße. Versammlung im Gewerkschaftsheim. — 2. Gruppe: Vormittags 8.30 Uhr in Crimmitschau, Lindenschule. Versammlung im Vereinsheim des TV Wahlen. — Alle Vereine müssen vertreten sein, da auch wichtiges Material in Empfang zu nehmen ist.

Allerturner 1. Gruppe, Sonnabend, den 23. April, 19.30 Uhr, in Wilkau. Sporthalle am Sportplatz. Allerturnstunde. Anschließend Versammlung des Abts.

Kinderturnwart 6. Bezirk. Kinderturnwarteschulung am 9. und 10. April in Wilkau. Prüfung am 16. und 17. April in Wilkau. Programm am 9. April 10 Uhr Arbeitgemeinschaft im Herberbad. Wilkau am 10. April, vorm. 9-12 Uhr, Turnen in der Vereinsturnhalle. Am 16. April, 19 Uhr, im Herberbad Einführung in die Heimabende und Feierstunden. Wohnst.

Geht alle zur Wahl! Mit Rücksicht auf die Wahlarbeit ist von Freundschaftsspielen für kommenden Sonntag gänzlich abgesehen worden. Einige Spiele sind auf Sonnabend verlegt. Rüstet für das Bezirksfest am 23. und 24. Juli in Wilkau!

Schnell wird der kurze Zeitraum noch vergehen. Bedenkt, daß ihr alle Träger dieser großen Veranstaltung seid!

Spielleute im Zwickauer Bezirk. Alle Turn- und Sportvereine sowie die Fußballabteilungen und Schwimmvereine des 6. Organisationsbezirks, die im Besitz von Musikpfeifen oder Martinshörnern sind, werden gebeten, die Stärke ihrer Kapellen

umgehend an den Unterzeichneten zu berichten. Spielmannszüge sowie die Turnkapellen von Crimmitschau, die schon unserer Spielmannsbewegung angehören, sind von der Meldung befreit. (Einteilung und Ausstellung für das Bezirksfest aller Sparten.)
J. A.: Albert D e r g e r, Bezirksobmann der Spielleute, Zwickau, Gutenbergstraße 17 part.

4. Kreis, 8. Bezirk

Eine Vorturnprüfung wird wie im Vorjahr auch in diesem Jahr im ganzen Bezugsgebiet stattfinden, und zwar am 17. April für den 8. Bezirk wird sie in der Schulturnhalle Adorf durchgeführt.

Im vergangenen Jahr haben 3800 Prüflinge mit gutem Erfolg bestanden. Meldungen sind durch den Verein (unter genauer Namens- und Adressangabe, und ob für Männer-, Frauen- oder Kinderturnen) einzureichen.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin: Die für die Preußenwahlen herausgegebenen Sammelzettel müssen umgehend im Sekretariat abgerechnet werden.

Ortsgruppe Mitte: Montag, 11. 4., 18.30 Uhr, Sitzung aller erwerbslosen Genossen bei Regel, Ackerstraße 1. — 19.30 Uhr Funktionskreisung mit Gruppenführern bei Regel. — Dienstag, 12. 4., alle Genossen zur öffentlichen Versammlung bei Kliems. — Mittwoch, 13. 4., 19.30 Uhr, Ortsgruppenmitgliederversammlung bei Regel, Ackerstraße 1. Bericht vom Reichs- und Bezirksverband. Ref.: Gen. Sternberg.

Ortsgruppe Tiergarten: Sonntag, 10. 4., 9.30 Uhr, Zeitungsaktion. Treffen bei Groth, Zwinglistraße 19. Tiergarten (Abt. Westm): Sonntag, 10. 4., 9.30 Uhr, Zeitungsaktion. Treffpunkt: Teichweg, Winterfeldstr. 35. — Mittwoch, 13. 4., 20 Uhr, MV bei Techt, Steglitzer Str., Ecke Flottwellstr. Vorbereitung der Landtagswahl-Propaganda.

Ortsgruppe Wedding: Bildungskursus Paul Fröhlich: „Revolutionäre Strategie und Taktik“ nicht Dienstag, 12. April, sondern schon Montag, 11. April, 19.30 Uhr, bei Klinge, Sellenstr. 14. — Dienstag, 12. 4., alle Genossen zur öffentlichen Versammlung bei Kliems.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Mittwoch, 13. 4., 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34. Organisation der Wahlaktionen. Bezirksführer müssen einladen.

Ortsgruppe Charlottenburg: Ausspracheabende in den Abteilungen Montag, 11. 4., 20 Uhr, Abt. West im Lokal Grüning, Pestalozzistraße, Ecke Fritschestraße; Abteilung Ost im Lokal Thunack, Wielandstraße 4; Abteilung Nord im Lokal Lu, Kaiserin-Augusta-Allee 4; Thema in allen Versammlungen: „SAP und Preußenwahlen“ — Wahlschluss 18.30 Uhr bei Grüning.

Ortsgruppe Schönberg-Friedenau: Sonntag, 10. 4., 10 Uhr, Zeitungsaktion. Treffen bei Geil, Merseburger Str. 7.

Ortsgruppe Stiglitz: Alle Genossen Mittwoch, 13. 4., 20 Uhr, bei Wernicke, Berlinstr. 1. Funktionäre und Gruppenführer 19 Uhr. Gäste und Sympathisierende mitbringen.

Ortsgruppe Bohnsdorf-Falkenberg: Dienstag, 12. 4., 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Madry, Buntzstraße. Bericht vom Parteitag. Gäste willkommen.

Ortsgruppe Tempelhof: Handzettel für die öffentliche Versammlung am Donnerstag am Dienstag, 12. 4., im Lokal Grune, Friedrich-Wilhelm-Straße 24, 17-19 Uhr, abzuholen.

Ortsgruppe Neukölln: Sonntag, 10. 4., Zeitungsaktion: Treffpunkt: 9 Uhr Lokal Schenk, Rosenstr. 24. —

Mittwoch, 13. 4., 18.30 Uhr, Vorstandssitzung bei Balke, Fuldstraße, Ecke Weiserstraße, 20 Uhr, Funktionskreisung im gleichen Lokal. — Abt. Britz: Donnerstag, 14. 4., 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Glöck, Chausseestraße, Ecke Gradestraße.

Ortsgruppe Trenzow (Abt. Schönauweide u. Johannisthal): Dienstag, 12. 4., 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Vogt, Niederichnoweide, Brückenstraße 10. — Montag, 11. 4., 20 Uhr, Vorstandssitzung im gleichen Lokal.

Brandenburg a. H.: Montag, 11. 4., Mitgliederversammlung bei Budig. — Mittwoch, 13. 4., öffentliche Versammlung im Schweizergarten, 20 Uhr. Referent: Genosse Rosenthal.

SJV

Morgen, Montag, 11. April, 19.30 Uhr: Mitte-Nord: Im Heim, Tieckstr. 18, Tagespolitik. Unterbez. Neukölln: Arbeitsgemeinschaft (Herzogschule). Grünau-Falkenberg: Sportabend. Hasso: Arbeitsgemeinschaft. Köpenick: Tagespolitik. Mitte-Süd: Tagespolitik. Aktionskreis Nord-Ost: Alle Genossen beteiligen sich an der ersten Wahlversammlung der SAP in Klems Festsälen, Dienstag, 12. 4.

Mitteilungen der BL: Referentenschule: Montag, 11. April, 19.30 Uhr, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34. Thema: „Der Genosse und die Genossin in der prof. Organisation“.

Dienstag, 12. April, fallen alle Veranstaltungen aus. Wir beteiligen uns geschlossen an der Kundgebung bei Kliems.

Alle Gruppen müssen die Berichtsbogen für das erste Quartal abliefern. Achtung! Sonnabend, 16. April, Zusammenkunft aller Metallarbeiter und Jugend im Restaurant „Zum Mohren“, Jerusalem Str. 9, 19.30 Uhr.

Werbabend der „Freien Fallbootfahrer“ (M. d. AT- u. SpB): Gruppe Nordosten: Donnerstag, 14. April, in der Schulau, Danziger Straße, Beginn 20 Uhr, Eintritt 0,20 RM., Erwerblos frei. Es wird gezeigt: „Auf Alpenflüssen und Bergseen“ (120 Bilder).

Erwerblosentafel Groß-Berlin: Dienstag, 12. April, kommen alle Genossen und Genossinnen 9 Uhr zur SAZ-Redaktion. Wir führen eine Aktion durch! — Mittwoch, 13. April, alle Genossen um 10 Uhr zum Sekretariat.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstele, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungsverlagsges. m.B.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel. Kupergraben E 2 2904. **Verlag und Expedition:** Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupergraben E 2 2905. **Bezugspreis:** für einen Monat durch die Spedition RM. 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2,10 und RM. —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM. 2,10 monatlich zuzüglich RM. 1,30 Porto.

Inseratenspreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. **Alle Zahlungen sind zu leisten an:** Sichel Zeitungsverlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staatstheater

Oper u. d. Linden

Sonntag, 10. April 8 Uhr: **Carmen**

Montag, 11. April 8 Uhr:

Volkstheater

Oper u. d. Linden

Sonntag, 10. April 8 Uhr: **Kamrad Kasper**

Montag, 11. April 8 Uhr:

M * I * L * A

Lichtspiel-Palast

Sonntag, 10. April 8 Uhr: **Ein bißchen Liebe für Dich**

Montag, 11. April 8 Uhr:

Achtung Genossen! Sensationsangebot!

Radio-Grammophon-Musiktruhe mit Laufwerk oder Motor, 3-Röhren-Vollnetz-Fernempfänger sowie eingebauten dynamischen Lautsprecher in Eiche

Preis nur RM. 135.—

3-Röhren-Vollnetzempfänger von RM. 37,50 an. Geräte und Teile zum Selbstbau 20-80% unter Tagespreis. Ein Posten gebrauchter Apparate spottbillig. Veraltete Apparate werden fachmännisch zu äußerst günstigen Preisen modernisiert. Technische Beratung und Kostenschätzungen unverbindlich.

Nur Markenfabrikate
Auch der weiteste Weg lohnt. (Kein Ladant)
Abonnenten 10% Sonderrabatt

Emil Werner, Elektroingenieur

BERLIN W 57
Blumenthalstraße 16, I Tr.

Eine wertvolle Arbeiterbibliothek für nur M. 10.—

Um den revolutionären Arbeitern die Möglichkeit zu bieten, sich trotz den trostlosen ökonomischen Verhältnissen eine Bibliothek, darstellend wichtige revolutionäre Geistesmonumente, einzurichten, hat der Verlag der AKTION sich entschlossen, zwei Serien seiner Verlagspublikationen — eine politische und eine literarische —, die im Buchhandel zusammen 50 Mark kosten, für nur M. 10.— abzugeben.

Die Reihe der politischen Bücher enthält:
Karl Liebknecht: Briefe aus dem Gefängnis und dem Zuchthaus; Karl Liebknecht: Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß (von der KPD fortgeschwiegen); Leo Trotzki: Wer leitet heute die Kommunistische Internationale? Leo Trotzki: Die permanente Revolution (ein Werk, das jeder Marxist studieren sollte); Leo Trotzki: Anklagen aus der Verbannung; Leo Trotzki: Die Lehren des Oktobers; Leo Trotzki: Jähr der Fünfjahresplan (Erfolge des Sozialismus und Gefahren des Abenteurerturns); Lenin: Die nächsten Aufgaben einer Sowjetmacht; Lenin: Berühmte Kundgebungen; Lunatscharski: Die Kulturaufgaben der Arbeiterklasse; Franz Pfeiffer: Die deutsche Sozialdemokratie bis zum August 1914; Karl Liebknecht - Rosa-

Luxemburg-Gedächtnisheft; Zum 4. August 1914: Dokumente aus der Kriegszeit; Marx - Engels: Der Bürgerkrieg in Frankreich; John Most: Für die Einheitsfront der revolutionären Proletariate; Josef Dietzgen: Die Zukunft der Sozialdemokratie (antiquarisch); Rosa Luxemburg: Warum Revolutionen geschehen haben; Sadoul: Ueber Sowjetrußland; R. Stahl; Thomas Müntzer; Johannes R. Becher: An Allen; Oskar Kammohr: Revolutionäre Manifeste; Franz Mehring's Aufsätze aus der Kriegszeit; Tobler-Christinger: Probleme des Bolschewismus; Lenin: Verfassung der UdSSR; Fritz Brupbacher (Zürich): Marx und Bakunin. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiter-Internationale.

Die Reihe der literarischen Werke enthält:
Otto Rühle: Das kommunistische Schulprogramm; Carl Sternheim: Lebens, das Lebrod Wilhelm III.; Carl Sternheim: Prosastücke; Oskar Kammohr: Die Sendung; Kurd Adisi: Gesammelte Lyrik; Victor Hugo: Ueber Voltaire; Hedwig Dohm: Mißbrauch des Todes; Maximilian Rosenbergs; Umwelt; Gedichte; Heinrich Stadelmann: Im Lande Nam; Der Kriegskupletist; Doktor Alfred Kerr am Pranger; Der Hahn; französische Lyrik in deutscher Nachdichtung von Däubler; Max Herrmann: Emilie Zola, der Dichter des revolutionären Proletariats;

Heinrich Schäfer: Drei Erzählungen; Franz Jung: Das Trotzbuch; Novellen; Franz Jung: Sophie; Roman; Sawaty; Das Buch in Saffian; Roman; Franz Jung: Sprung aus der Welt; Roman; Gottfried Benn: Der Vermessungsingenieur; Kurt Hiller: Diesterrweg; Heinrich Schäfer: Gefangenschaft; Roman; Charles Péguy: Aufsätze; Josef Capelle: Der Sohn des Bösen; Novellen; Franz Jung: Jan Frank illustriert die Welt; Franz Pfeiffer: 1914/16; Antikriegslyrik; Wilhelm Klemm: Aufforderung, Lyrik.

Es steht dem Besteller frei, nur eine Reihe zu beziehen zum Preise von RM. 5.—. Aber eine Auswahl aus der Auswahl zu treffen ist nicht von Einfluß auf den Gesamtpreis, denn die regulären Preise der Werke sind nicht aufgehoben! Wer z. B. nur Liebknecht's Werk „Zucht- hausrußland“ bestellt, hat für dieses Werk RM. 3.— zu zahlen; wer Liebknecht's und Trotzki's Werk „Permanente Revolution“ bestellt, muß schon für diese zwei Bücher mehr als fünf Mark ausgeben. Rabatt kann auf die Reihenpreise nicht gewährt werden.

Die Gültigkeit dieses Vorzugsangebots ist bis zum 15. April verlängert!

Bestellungen sind zu richten an die Buchvertriebsabteilung der AKTION, Berlin-Wilmersdorf, Nassauische Str. 17

Verzand gegen Voreinsendung oder unter Nachnahme des Betrages zuzüglich Nachnahmeposten.

Schauspielhaus

a. Gendarmenmarkt

Sonntag, 10. April 20 Uhr:

Peer Gynt

Montag, 11. April 8 Uhr:

Egmont

Sonntag, 10. April 8 Uhr:

Schillertheater

Charlottenburg, Bismarckstraße

Sonntag, 10. April 8 Uhr:

Ostern

Montag, 11. April 8 Uhr:

Werbt für die SAZ

Die Frau die jeder sucht

Sonntag, 10. April 9 Uhr:

Die Frau die jeder sucht

Montag, 11. April 8 Uhr:

Die Frau die jeder sucht

Sonntag, 10. April 8 Uhr:

Die Frau die jeder sucht

Montag, 11. April 8 Uhr:

Die Frau die jeder sucht

Sonntag, 10. April 8 Uhr:

Die Frau die jeder sucht

Montag, 11. April 8 Uhr:

Die Frau die jeder sucht

Sonntag, 10. April 8 Uhr:

Die Frau die jeder sucht

Montag, 11. April 8 Uhr:

Die Frau die jeder sucht

Sonntag, 10. April 8 Uhr:

Die Frau die jeder sucht

Montag, 11. April 8 Uhr:

Die Frau die jeder sucht

Sonntag, 10. April 8 Uhr:

Die Frau die jeder sucht

Montag, 11. April 8 Uhr:

Die Frau die jeder sucht

Sonntag, 10. April 8 Uhr:

Die Frau die jeder sucht

Montag, 11. April 8 Uhr:

Die Frau die jeder sucht

Sonntag, 10. April 8 Uhr:

Die Frau die jeder sucht

Montag, 11. April 8 Uhr:

PRATER Lichtspiele

Kastanienallee 7/9

Hochbahnhof Danziger Straße

Autobus 9

Zwei wirkliche Spitzfilme an Lustigkeit in einem Programm

Zwei glückliche Herzen

(Ein bißchen Liebe für Dich)

mit Magda Schneider, Lee Parry, Georg Alexander, Hermann Thimig

Kartoffelsupp', Kartoffelsupp'

(Schön ist die Mandorzel)

mit Paul Heidemann, Oskar Sabo, Ida Wüst, Gretl Theimer

Erwerblos 50 Pf.

Sonntag 2.30 Uhr: Gr. Jugendvorstellung

Eintritt 20 Pf.

Elysium - Lichtspiele

Prenzlauer Allee 56

Gastspiel Paul Godwin

Film:

Die verliebte Firma

Tönende Wochenschau

Sonntag 3 Uhr, Große Jugendvorstellung

Der große Preisabbau, Wochentags bis 6 Uhr, Sonntags bis 4 Uhr - 70 Pf.

Nachher von 80 Pf. an

Theater des Weddings

Müller, Ecke Sellenstraße

Oskar Homolka, Trude Berliner in

Nachtkolonne

dazu: Jenny Lind

die schwedische Nachtigall

Fox tönende Wochenschau

Das erstklassige Beiprogramm

Sonntag nachm. 3 Uhr Jugendvorstellung

Werbt für die SAZ

Achtung! Schutzbund- und Jugendgenossen!

blaue Indanthren Sporthemden Mk. 3,95
rote Seidenröschlinder " 0,75
rote Halstücher " 0,75
100 Wachssocken " 25,00
S. J. V. Kittel- und Kleiderbroche " 1,75
S. J. V. Radwimpel, zweiseitig bestickt " 1,00
Reichsjugendherbergsverzeichnis 1932 " 0,80
Arbeitsjugendliederbuch " 0,60
Hofmann, Bub und Mädel kart. " 2,60
Leinen " 4,20

(Dieses Buch darf in keiner Jugendbibliothek fehlen)
Generalistskarten, Einheitsblätter, Wander- u. Wasser-
karten von allen Gegenden Deutschlands
Zeile in allen Ausführungen. Bebilderten Prospekt an-

Sämtliche Ausrüstung und Bekleidung für Feler und Wanderung

Ueßt Solidarität! Kauft bei uns!

Die Fackelstaben
Eigenthum des Bundes zur Förderung sozialistischer Werkgehilfen E. V.

Berlin C 2 Klosterstraße 62
Geöffnet von 9-19 Uhr Besucht uns unverbindlich.

Verzand gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages auf Postcheckkonto Berlin 6632 des Bundes zur Förderung sozialistischer Werkgehilfen E. V., Berlin C 2

Beachtet unsere Inserenten!

Reunion Stern

Die billige Qualitätszigarette mit Weltermarke

5 Stück 20 Pf.

Die allerfeinsten Butter, den besten Käsen, Speisequark

kauft man direkt oder in den Verkaufsstellen der Molkerei Hermann I. Se.

Genossen kauft Gutscheine.

Lohn auf Vorkriegsstand im Berliner Fuhrgewerbe

Die Berliner Fuhrherrn übertreffen an frecher Lohnrauberei alle übrigen Scharfmacher. Sie sind dazu ermuntert von Stegerwald, der schon vor 1½ Jahren erklärte, daß die „viel zu hohen“ Berliner Transportarbeiterlöhne gewaltig gesenkt werden müßten.

Im vorigen Jahr wurden die Löhne im Berliner Fuhrgewerbe um 22 bis 44 Prozent gekürzt. Jetzt verlangen die Unternehmer erneuten Abbau der Löhne auf den Vorkriegsstand, was eine neue Kürzung um 27 Prozent bedeuten würde. Da heute die Mark, gemessen am Vorkriegskaufwert kaum 60 Pfennig ausmacht, so ist leicht zu ermessen, welche Hungerlöhne die Fuhrherrn durchsetzen wollen.

Was aber macht Stegerwald, der Mann, gegen Lohnsenkung? Seine Schlichter kommen den Fuhrwerksunternehmern weit entgegen. Der Berliner Schlichter schlug in den Verhandlungen einen weiteren Abbau von 10 Prozent vor. Nur weil das den Fuhrherrn noch nicht weit genug ging, scheiterten die Verhandlungen.

Am Montag soll eine Versammlung der Arbeiter, jetzt haben die Unternehmer selbstherrlich den Lohnabbau diktiert. Die Arbeiter des Fuhrgewerbes zur Lage Stellung nehmen. Ihre Empörung ist groß und sie sind sich klar darüber, daß hier nur die schärfsten Kampfmaßnahmen helfen können.

Abwehr durch Kampf — kein SPD-Scheinmanöver

„Kein Lohnabbau mehr!“ Unter dieser Schreizeile meldet der „Vorwärts“, daß die Berliner SPD-Stadtverordnetenfraktion einen Antrag einbringen wird, der die Zurückziehung der Tarifkündigung in den Berliner Gemeindebetrieben verlangt. Die Gemeindearbeiter müssen demgegenüber den „Vorwärts“ und die SPD-Führung fragen:

Warum haben die Lange, Asch und anderen SPD-Magistratsgrößen die Kündigung erst ausgesprochen?

Es ist damit zu rechnen, daß der SPD-Antrag im Stadtparlament angenommen wird. Aber hinterher wird der Magistrat — wie jetzt üblich — erklären, daß er den Beschluß nicht ausführen kann.

Darauf scheint auch die SPD zu spekulieren. Ihr Antrag hätte dann nur den Zweck, die Gemeindearbeiter zu täuschen und sie von den notwendigen Kampfvorbereitungen abzulenken. Deshalb heißt es für die Gemeindearbeiter: Die Augen auf! Kein Verlassen auf parlamentarische Manöver, sondern nur der entschlossene Kampf der ganzen Arbeiterschaft in den Gemeindebetrieben, die Vorbereitung zum Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau kann den Lohnraub verhindern.

Ende des Bergarbeiterstreiks

im Ostrau-Karwiner Revier

Prag, 9. April 1932

Die Verhandlungen zwischen Bergarbeitern und Bergwerksbesitzern im Ostrau-Karwiner Revier sind nach Einbringung eines Vermittlungsvorschlages des Arbeitsministers abgeschlossen worden. Die Einstellung neuer Arbeiter soll danach solange nicht stattfinden, bis Arbeitsmangel herrscht. Abstelle von Massenentlassungen soll der natürliche Abgang von Arbeitern und Einzelkündigungen bis zu 10 vH der Belegschaft treten. Am 15. April werden die überflüssigen Arbeiter auf einen einmonatigen unbezahlten Wechselurlaub gesetzt. Davon dürften 12 000 Arbeiter betroffen sein. Die Vertreter der Arbeiter mit Ausnahme der Kommunisten erklärten sich zur Annahme des Vorschlags bereit. Die Vertreter der Bergwerksbesitzer haben den Regierungsvorschlag bereits angenommen.

Eine Schlappe der Reichswehr

Gericht lehnt Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Ossietzky ab

Berlin, 8. April 1932.

Im August 1931 hatte die Zeitschrift „Die Weltbühne“ in einer Friedensnummer eine Glosse des Schriftstellers Tucholsky veröffentlicht, in der sich der Satz befand: „Soldaten sind Mörder“.

Der Reichswehrminister hatte wegen dieses Ausdruckes gegen den verantwortlichen Schriftleiter Carl von Ossietzky Strafantrag gestellt, und die Staatsanwaltschaft beim Landgericht III hatte Anklage wegen Beleidigung der Reichswehr erhoben. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte jedoch unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schmitz entsprechend dem Antrag des Verteidigers Dr. Apfel die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, weil der fragliche Aufsatz in der „Weltbühne“ sich nicht auf die Reichswehr beziehe. Ob die Staatsanwaltschaft gegen diesen Beschluß Beschwerde einlegen wird, ist noch nicht bekannt.

Antrag gegen Scheringer:

2½ Jahre Festung

Leipzig, 9. April 1932.

In seiner Anklagerede gegen den früheren Reichswehrleutnant Scheringer ging der Erste Staatsanwalt Dr. Parisius zunächst auf die Persönlichkeit des Angeklagten im allgemeinen ein, schilderte dann die hochverräterischen Ziele der KPD, die zum Bürgerkrieg führen müßten, und kam dann zu den Einzelheiten, die dem Angeklagten zur Last gelegt worden sind. Ehrennotwehr müsse verneint werden, doch müsse noch ganz besonders darauf hingewiesen werden, daß dieses Gericht keinen Gesinnungsprozeß führe. Hier liege eine fortgesetzte Handlung, die der Vorbereitung des Hochverrats, vor. Auf die Ziele der KPD noch einmal zurückkommend, sagte der Staatsanwalt, in unserem demokratischen Staate sei jedem noch Gelegenheit gegeben, auf dem Wege über die Mehrheit zur Macht zu kommen. Da die KPD eine Mehrheit nicht zusammenbringen könne, müsse sie ihre Ziele auf illegalem Wege zu erreichen versuchen.

Der Anklagevertreter stellte sodann folgenden Strafantrag: Wegen Verbrechens der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens im Sinne des § 86 Reichsstrafgesetzbuches in Tateinheit mit

Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung, nämlich des Funktionärkörpers der KPD,

Vergehens nach § 4 Abs. 1 des Republik-schutzgesetzes beantragte er unter Versagung mildernder Umstände zwei Jahre sechs

Monate Festung. Sechs Monate sollen für die Untersuchungshaft angerechnet werden. Die beschlagnahmten Druckschriften und die zu ihrer Herstellung dienenden Platten sollen eingezogen werden. Zugunsten des Angeklagten wirke allerdings sein jugendliches Alter und daß er vor Gericht mannhaft für seine Ueberzeugung eingetreten sei. Straferschwerend dagegen falle vor allem die Vorstrafe ins Gewicht, die der Angeklagte auf einschlägigem Gebiet schon erlitten habe, und die nicht den geringsten Eindruck gemacht habe, ferner daß er seine strafbare Betätigung ausübte in einer Zeit, in der er die erste Strafe verbüßte, und schließlich, daß er sich mit Nachdruck und so lange Zeit hochverräterisch betätigt habe.

Aus der Zeugenvernehmung ist noch von allgemeinem Interesse die Aussage des nationalsozialistischen Oberleutnants a. D. Wendt, der im Ulmer Offiziersprozeß ebenfalls verurteilt worden war. Er berichtete über wiederholte eingehende Besprechungen in Gollnow mit SA-Abordnungen aus Berlin und Stettin.

In der SA habe sich damals nach dem Legalitätseid Hitlers eine starke Bewegung zur Loslösung von der Partei bemerkbar gemacht.

Goebbels war entschlossen, eine Norddeutsche Nationalsozialistische Partei zu gründen.

Die große Säge in der KPD

Bei der Kandidatenaufstellung in Preußen

Eine wirkliche Arbeiterpartei kann selbstverständlich bei der Neuaufstellung der Kandidaten zur Parlamentswahl nicht Rücksicht nehmen auf die „Verdienste langjähriger Abgeordneter“, sondern muß, ohne Rücksicht auf die Person, nur solche Kandidaten aufstellen, die nach ihrer Auffassung den Interessen der Arbeiterschaft wie auch denen der Partei am besten dienen. Doch wer die in der „Roten Fahne“ veröffentlichte Kandidatenliste der KPD aufmerksam studiert, findet, daß hier nicht die Interessen der Arbeiterschaft und auch nicht das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder, sondern nur die „Linien-Bürokratie“ entscheidend war. Alle jene „alten Parlamentarier“, wie Wilhelm Pieck, Koehn, Kasper u. a., die immer aus der „Linie“ stehen, fungieren wieder als Spitzenkandidaten. Doch alle früheren KPD-Abgeordneten, die im Verdacht stehen, ab und zu eine eigene Meinung zu haben oder von den Dingen etwas zu verstehen, sind rücksichtslos abgesägt worden.

So ist der bekannte KPD-Abgeordnete Sobotta, einer der wenigen KPD-Abgeordneten, der mit seiner sehr sachkundigen Vertretung der Bergarbeiterschaft immer das Ohr in und außerhalb des Parlaments hatte, nicht wieder aufgestellt worden. Er ist sogar als Zahlkandidat verschwunden. Abgesägt ist auch Karl Schulz-Neukölln, der trotz aller Opportunität gegenüber der Linie bei der Arbeiterschaft einen guten Namen hat und als häufiger Sprecher im Parlament wirklich etwas zu sagen hatte. In die Versenkung verschwunden ist auch der ultralinke Paul Merker, wohl nur deshalb, weil er vor zwei Jahren einmal versuchte, gegen den Stachel zu lösen. Auch die beiden Versöhler Eberlein und Karl Becker sind von der Säge gefällt worden. Es hat ihnen nichts genützt, daß sie mit ihrer „schlau“ Taktik allen Unsinns der Thälmann-Remmele deckten. In Ungnade bei dem hohen ZK sind auch die immer linientreuen Oskar Müller, Max Lademann, Bösch, Oberdörste und Heinrich Rau gefallen. Ihr „Verbrechen“ ist wohl nur dem engen Kreis der KPD-Bürokratie bekannt.

Die Hindenburg-Steuer der SPD

Berlin, 9. April 1932.

Aus mehreren Abteilungen der Berliner SPD werden wir, unabhängig voneinander, auf die starke Mißbilligung aufmerksam gemacht, die in der Mitgliedschaft der Sozialdemokratie darüber herrscht, daß die Parteigenossen aufgefordert und geradezu verpflichtet worden sind, sich in diesen letzten Tagen des Präsidentschaftswahlkampfes aktiv für die Wahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zu betätigen.

Noch niemals ist ähnliches erlebt worden. Niemals ist in auch nur annähernd so diktatorischer Form die aktive Agitation jedes einzelnen Mitglied zur Pflicht gemacht worden.

Von Widerstrebenden wird ein allgemein als „Hindenburg-Steuer“ oder als „Wehr-Steuer“

bezeichneter Sonderbeitrag erhoben bis zur Höhe von 2 Mark.

Dieses Vorgehen der oberen Partei-Instanzen hat sehr viel böses Blut in der SPD-Mitgliedschaft gemacht. Hier und da sind Parteimitglieder, die sich schon zum 13. März weigerten, mit Hindenburg-Plakaten Straßenagitation zu treiben,

mit dem Ausschluß bedroht worden.

Er wollte Präsident werden

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt am 9. April über die in bürgerlichen Kreisen viel diskutierte Präsidentschaftskandidatur des Kronprinzen das folgende:

„Beinahe war es uns beschieden: der ehemalige Kronprinz als Präsidentschaftskandidat zum 10. April! — wenigstens wenn man dem Herausgeber des „Fridericus“ glauben darf, der den Hergang der Verhandlungen so ausführlich erzählt, daß sein Bericht selbst durch Dementis, die zu erwarten sind, nicht leicht seiner Glaubwürdigkeit beraubt werden wird. Schon Anfang Februar war ja einmal von solcher Kandidatur die Rede gewesen und schnell wieder dementiert worden. Dann hieß es gleich nach dem 13. März, und wurde auch gleich abgestritten, daß Hugenberg den Exkronprinzen zum Einigungskandidaten der „nationalen Opposition“ vorschlagen wolle. Dem „Fridericus“ zufolge wären damals ein Nationalsozialist, ein Stahlhelmer und „ein parteipolitisch unbescholtener nationaler Mann“ mit dem Kronprinzen persönlich in Fühlung getreten, und der habe sich wirklich zur Uebernahme einer solchen „Einheitskandidatur“ der Harzburger Opposition bereit erklärt — vorausgesetzt, daß das Familienoberhaupt in Doorn keinen Widerspruch erhebe. Dies aber tat das Familienoberhaupt. Er versagte sein Einverständnis und blieb dabei, obschon man, immer dem „Fridericus“ zufolge, noch bis zum letzten Anmeldetermin, dem 31. März, auf eine Sinnesänderung hoffte. Das politisch Interessanteste an der Veröffentlichung des nationalistischen Blattes ist allerdings die Mitteilung, daß Hitler sich ausdrücklich bereit erklärt hatte, den Kronprinzen für den zweiten Wahlgang auf den Schild zu erheben.“

Polizei schießt auf Kinder

Hamburg, 8. April 1932.

Am Freitagnachmittag kam es in verschiedenen Teilen der Stadt zu Demonstrationen und Zusammenstößen. In Barmbeck hatte die KPD zu Aufmärschen aufgefordert, die von der Polizei verboten wurden. Trotzdem bildeten sich kleinere Züge, die sich am Markt stauten. Vor einem nationalsozialistischen Lokal sammelten sich etwa 150 KPD-Leute und Neugierige an. Beim Verteilen von KPD-Flugblättern vor dem Lokal kam es zu einer Schlägerei, in deren Verlauf die Scheiben des Lokals in Trümmer gingen. Polizeibeamte machten von der Schußwaffe Gebrauch. Eine Kugel traf dabei einen Knaben am Kopf. Das kurz darauf eintreffende Ueberfallkommando jagte die Menge auseinander. Anlaß zu der Schlägerei war die Verhaftung von zwei KPD-Leuten, die von der Menschenmenge verhindert werden sollte.

Gefangene des Meeres

Ein Vorkommnis von aufregender Roheit, das zugleich eine internationale Kulturschande offenbart, ist die Geschichte des argentinischen Dampfers Chaco. Das Schiff hat an Bord 700 Sträflinge, die, um sich von den Kosten des Uftherhalts zu befreien, von Argentinien an ihre diversen „Vaterländer“ verfrachtet wurden. Aber diese Vaterländer wollen von solcher Sendung nichts wissen. Sowohl die italienischen und französischen als auch die polnischen Hafenbehörden haben den Dampfer am Anlaufen ihrer Häfen verhindert und die Landung der Menschenfracht verweigert.

Nur die spanischen Behörden auf Las Palmas und die italienischen in Genua hatten diejenigen ihrer Staatsangehörigen, die noch im Besitz gültiger Papiere waren, an Land gelassen. Ein Versuch, in Hamburg anzulaufen, war ebenfalls mißlungen, da vorbestrafte Deutsche nicht an Bord des „Chaco“ sind. Nunmehr hat der argentinische Außenminister angeordnet, daß die Papiere der Ausgewiesenen an Bord des „Chaco“ unter keinen Umständen mit dem Visum zur Rückkehr nach Argentinien versehen werden dürfen. Was nun aus den Sträflingen werden soll, ist vollkommen ungewiß, da sich an der Haltung der betreffenden Länder wohl kaum etwas ändern wird. Nur einer ganz kleinen Anzahl von Sträflingen, die in Argentinien rechtsgültige Ehen mit Argentinierinnen eingegangen waren, wird die Rückkehr gestattet, das heißt, sie werden sofort nach dem im Feuerland gelegenen Zuchthaus Ushuaia geschickt werden. Die übrigen sind dazu verdammt, als Ausgestoßene auf dem Meere herumzutreiben bis sie entweder verhungert sind oder ein Sturm ihrem Leben ein Ende macht.

Es wird in dieser Zeit viel von dem drohenden Untergang in der Barbarei gesprochen, vor dem die Menschheit stehe, wenn sie den Kapitalismus nicht überwindet. Manche schütteln ob solcher Voraussage den Kopf, aber hier, dieser auf den Weltmeeren herumirrende Dampfer ohne Hafen mit seinen 700 Menschen ist ein lebendiges Dokument dafür, wie sehr die moderne Welt bereits auf die Methoden der Barbarei zurückzugreifen im Begriffe steht.

Preußischer Landtag einberufen

Berlin, 9. April 1932.

Der Preussische Landtag ist am Sonnabendmittag telegraphisch in der Plenarsitzung einberufen worden. Die Verhandlungen stehen nun unter dem Vorzeichen der Aenderung des § 20 über die Wahl des Ministerpräsidenten, und zweitens ein kommunistischer Antrag gegen angebliche Beeinträchtigung der kommunistischen Wahlpropaganda. Die Plenarsitzung wird voraussichtlich nur einen Tag dauern.

Der erste Punkt der Tagesordnung, dessentwegen die Einberufung erfolgte, soll ein Hintertürchen öffnen, durch das die preußische Regierung sich ihre Weiterexistenz sichern will, auch wenn sie — was zweifellos der Fall sein wird — eine furchtbare Niederlage im Wahlkampf erleidet.

Wer glaubt, daß das die Faschisten kümmert?

Darmstadt, 8. April 1932.

Ebenso wie in Preußen und Bayern hat auch der hessische Innenminister zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das ganze Gebiet des Volksstaates Hessen die Zusammenziehung und das Zusammenhalten von Alarmbereitschaften von Mitgliedern politischer Vereinigungen in der Zeit vom 9. bis 11. April, beide Tage eingeschlossen, verboten.

Nazi-Feme

Berlin, 9. April 1932.

Die „Münchener Post“ veröffentlichte unter der Ueberschrift „Tscheka-Organisation im Braunen Hause?“ einen längeren Artikel, in dem festgestellt wird, daß seit Frühjahr oder Sommer 1931 eine „Zelle G“ eingerichtet ist, die über das ganze Reich durehorganisiert ist und hauptsächlich den Zweck hat, die eigene Bewegung zu überwachern.

Weiter wird festgestellt, daß unmittelbar vor Ostern ein eigenes Kommando dieser Zelle G unter Führung eines Herrn Horn herangeholt wurde und daß ein gewisser Buch mit einem eingeschriebenen Brief den Horn nach München holte, um den seit längerem offenbar verdächtigen außenpolitischen Mitarbeiter Röhms, namens Bell, einer besonderen Behandlung zuzuführen. Horn hat sich auch gerühmt, seinem früheren Parteigenossen Dr. Schäfer offenbar mit Leuten der Zelle G unlängst in Sachsen einen blutigen Denkzettel gegeben zu haben.

Das Krümpersystem

— kein Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit

Zur Überraschung aller, welche die Gewerkschaftsvorschläge zur Krisenhebung ernsthaft aufgefaßt haben, ist in der Gewerkschafts- und Arbeiterpresse der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit fast ganz verstummt. Man macht statt dessen umso mehr im Nationalismus (siehe Reparationsproblem und Reichspräsidentenwahl). Sind wir frohlich durch die bisherige Politik der Gewerkschaften schon allenthalben gewohnt und wundern wir uns über die Einstellung der Gewerkschaftsführung zu wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen nicht mehr, so muß doch immer wieder gegen die Unterlassungssünden der Gewerkschaftsführung ganz energisch Front gemacht werden. Vermessen wir doch den notwendigen Kampf gegen den sogenannten „freiwilligen Arbeitsdienst“ schon gänzlich und werden der Arbeiterschaft die Auswirkungen völlig verschweigen, so verhält es sich mit dem Krümpersystem noch krasser. Hier ist weitgehende Aufklärung dringend notwendig.

Zur Ablenkung über die gewaltigen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und der damit verbundenen Massenarbeitslosigkeit werden der Arbeiterschaft alle möglichen Hilfsmaßnahmen empfohlen und schmackhaft gemacht, um dem doch kommenden Kampf der notwendigen Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft aus dem Wege zu gehen. Eines dieser Pflasterchen für die schon große Wunde im Wirtschaftskörper ist das Krümpersystem. Das Krümpersystem, welches eine Stütze in der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 § 89 b findet, wird von Gewerkschaften und Unternehmern ganz verschieden beurteilt, ohne eine klare Stellung seitens der Gewerkschaften. Will Ministerialrat Dr. Philipp Beisiegel im Reichsarbeitsblatt Nr. 29 erst einmal, trotz aller Empfehlungen, die Praxis und die Auswirkungen dieses Systems abwarten, so gibt die Gewerkschaftszeitung Nr. 46 einem Befürworter Möglichkeit und Raum, das Krümpersystem als ein Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit hinzustellen, ohne eigene Stellungnahme über die damit verbundenen Gefahren für die Arbeiterschaft. Desto mehr sind wir verpflichtet, der Arbeiterschaft die ganzen Schäden und Folgen des Krümpersystems in aller Schärfe aufzuzeigen. Das Krümpersystem, welches zur Behebung der Arbeitslosigkeit eine Auswechslung der Belegschaft vorsieht und Neueinstellungen von Arbeitskräften zur Bedingung macht, bringt für die Arbeiterschaft ungeheure Schäden.

Nach der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 kann das Krümpersystem nur durch Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Unternehmer eingeführt werden und es muß in der Vereinbarung eine klare Regelung über die periodische Auswechslung der Belegschaft und die Wiedereinstellung der Ausgeschiedenen als Voraussetzung neben der Neueinstellung der Ausgeschiedenen als Voraussetzung neben der Neueinstellung von weiteren Arbeitskräften vereinbart werden, ehe das Landesarbeitsamt die Krümpersystem genehmigt und die dafür vorgesehene Unterstützung (Halber Satz der Arbeitslosenunterstützung) zu zahlen bereit ist. Kommen überhaupt nur Betriebe mit Betriebsvertretung in Betracht und scheiden alle Kleinbetriebe aus, kann auch wirklich eine bessere Kontrolle darum durchgeführt werden, so werden doch schon in der Notverordnung dem System die Verzerrungen verborgen. Es muß die Anwartschaft zur ALU erfüllt sein, besonders für Jugendliche wird der § 87 Abs. 2 herangezogen und die Erschwerungen in der Kurzarbeiterunterstützung geben schon Anlaß zum Aufhorchen. Die Unterstützung ist allerdings nicht abhängig davon, ob der einzelne Krümper entlassen ist oder das Dienstverhältnis weiterbesteht. Jedenfalls zeigen sich schon hier allerlei Hemmungen, die sehr erschwerend wirken und die Arbeiterschaft aufhorchen lassen müssen.

Doch verfolgen wir die Praxis etwas eingehender und zeigen wir die schlimmsten Gefahren mit aller Klarheit auf. Jeder Unternehmer wird sich bei der Auswechslung der Belegschaft vorbehalten, hochwertige Teile der Belegschaft (?) nicht auszuschleusen, und damit in die Belegschaft eine Antreiberei schlimmster Art tragen, die die verderblichsten Folgen haben kann. Die Wechselbelegschaften würden zwangsläufig gegeneinander ausgespielt und zur Zersetzung der bisherigen Einheit und Geschlossenheit führen.

Aber noch Schlimmeres wird die Folge sein und für die Gewerkschaften eine Gefahr bedeuten. Beim dauernden Wechsel der Belegschaften würden Akkordrücken, Senkung der Löhne, Minderung der Förderprämien und Fortfall der übertariflichen Zulagen, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft weiter senken und die Wirtschaftsverhältnisse weiter verschärfen. Die Neueingestellten würden damit zu Lohndrückern gegen ihre Kollegen gebraucht und die Gesamtlohnsumme weiter stark senken und dem Unternehmer außer allem anderen noch besonderen Sondergewinn bringen. Alle ehrlichen, aufrechten Arbeiter, die für die Arbeiterbewegung und Gewerkschaften insbesondere tätig waren, wird man

besonders beobachten und schon Mittel und Wege finden, ihre Beseitigung klang- und sanglos zu vollziehen. Gelbe und Nazis werden die Nachfolger und dem Unternehmertum besonders willkommen sein. Der Faschismus dringt also auf „legalen“ Wege in die Betriebe, in die sog. marxistischen Hochburgen, und wird auch damit zur Gefahr der Gewerkschaften. Nazi-Betriebsräte wären alsbald Trumpf. Wollen auch hier die Befürworter im Arbeiterlager noch Einwände erheben, dann darf noch ein weiteres wichtiges Moment in den Kreis der Erörterungen gezogen werden. Seit Jahr und Tag laufen die Unternehmer Sturm gegen die Urlaubsregulierung der Arbeiter. Soll auch hier verschlechtert werden? Nach den bisher ganz einseitig durchgeführten Maßnahmen der staatlichen Schlichter ist jedenfalls alles zu erwarten und gibt der Arbeiterschaft Grund zur allergrößten Wachsamkeit.

Wir sehen also aus den oben erwähnten Gründen, daß das Krümpersystem für Arbeiterschaft und Gewerkschaften eine Gefahr von

größter Bedeutung ist, der wir uns schärfstens widersetzen müssen. Alle gegenteiligen Behauptungen der Befürworter müssen von der Arbeiterschaft zurückgewiesen und die Gewerkschaften zum schärfsten Kampf gegen diese neue „Milderung zur Behebung der Arbeitslosigkeit“ mobil gemacht werden. Allerdings ergäbe sich daraus auch eine Aenderung der Politik, eine Trennung von der Politik der SPD, eine andere Einstellung gegen den Staat und seine kapitalistische Wirtschaft. Diese Frontwendung muß von den Mitgliedern in den Gewerkschaften erzwungen werden im Interesse der ganzen Arbeiterschaft und der Gewerkschaften.

Wollen wir ernsthaft gegen die Weltwirtschaftskrise, gegen Kapitaloffensive, gegen Lohnabbau und Massenarbeitslosigkeit und gegen die Planlosigkeit der Produktion ankämpfen, dann nur durch

Verkürzung der Arbeitszeit (40-Stundenwoche) mit Lohnausgleich.

Albert Helmrich.

Wo noch verdient wird

Trotz der schlechten Zeiten gibt es doch nicht wenige Stellen und Firmen, bei denen, obgleich der Schornstein nicht immer raucht, doch noch anständige Dividenden und hohe Tantiemen für Vorstand und Aufsichtsrat gezahlt werden. So zählt die Accumulatorenfabrik A.G. Berlin ihren Aktionären nicht nur 12 Proz. Dividende, sondern auch noch außerdem 25 Proz. Bonus. Es wird gesagt, wenn Reserven nicht innerhalb drei Jahren ihrem Zweck zugeführt werden, dann müssen sie noch einmal versteuert werden, um das zu vermeiden, werden die Aktionäre mit den hohen Gewinnen beglückt. Wie mag es mit den Arbeitern bei diesem Werk aussehen, bekommen diese auch etwas von dem Segen? Die Radeberger Exportbrauerei A.G. zahlt 14 Proz. Dividende, das macht für einen Hektoliter Mark 2,25 aus. Schäffer-Binding-Bürgerbräu A.G. zahlt 15% gleich 2,50 M. auf den Hektoliter. Die Dortmunder Union-Brauerei zahlt 12%, dasselbe die Kammgarnspinnerei Schedwitz A.G. in Silberstraße und die Lipsia, chemische Fabrik A.G. in Mügeln. Die Bremer Rolands-Mühle, die Niederlausitzer Kohlenwerke, die Braunschweiger Kohlenwerke, die Dittsdorfer Filz- u. Kratzwerke, das Hofbräuhaus Hanau und die Westholsteinische Bank in Altona zahlen 10%. Die Vereinigten Zünder- und Kabelwerke A.G. in Meißen brachten es nur auf 9%, und die Gasanstalt Kaiserslautern auf 8%, dasselbe zahlt die Eisenbau A.G. in Wyhlen. Die Demag A.G. in Duisburg konnte nur 5% zahlen. Dafür ist auch das Werk Mülheim (Ruhr) stillgelegt, und außerdem mußte ein starker Belegschaftsabbau und eine Kürzung der Arbeitseinkommen durchgeführt werden.

Bei den Braunschweiger Kohlenwerken bekamen die drei Vorstands- und fünfzehn Aufsichtsrats-Mitglieder nur 200 000 Mark, und die Verwaltungsmitglieder der Niederlausitzer Kohlenwerke erhielten 300 000 Mark. Bei der Bremer Wollkammerei erhielten die Vorstands-Mitglieder 254 635 Mark und der Aufsichtsrat 151 348 Mark Vergütung, die Dividende beträgt 10%. Die Deutschen Jurgenswerke A.G. zahlen ebenfalls 10%, und die zu demselben Margarine-Konzern gehörenden F. Toerls Vereinigte Harburger Gelfabriken A.G. verteilen 5%, zahlen an Vorstand und Aufsichtsrat aber 140 000 Mark. Die Gesellschaft für Markt- und Kühlhallen in Hamburg vergütet die schwere Arbeit ihres zweiköpfigen Vorstandes und sechsköpfigen Aufsichtsrats mit 100 800 Mark. Beim Wasserwerk für das nördliche westfälische Kohlenrevier in Gelsenkirchen erhalten 25 Aufsichtsräte und drei Vorstandsmitglieder 262 000 Mark. Die Mecklenburgische Depositen- und Wechselbank in Berlin vergütete den 10 Aufsichtsräten 12 000 Mark und den 6 Vorstandsmitgliedern 130 000 Mark. Die Bezüge der 11 Vorstandsmitglieder und 48 Aufsichtsräte der Dresdner Bank sind zusammen mit 1 029 472 Mark angegeben.

Bei den Roddergruben, Braunkohlen und Brikettwerken A.G. in Brühl wird 24% Dividende gezahlt, auf 18 Millionen Aktienkapital. Die Lohnsumme betrug 8,85 Millionen Mark einschl. Gehälter. Die Arbeiterzahl wurde heruntersetzt.

Solange es Gewinne für die Kapitalisten gibt, schreien sie gegen Staat und Reich, geht es aber schief, dann ist das vorkriegs bekämpfte Reich und der Staat gut genug sich an den Verlusten zu beteiligen, dann werden sie um Hilfe angegangen. So bekommt der Siegel-

länder Erzbergbau auch für das Jahr 1932 wieder die Subvention von 400 000 Mark. Die Berliner Handelsbank-Gläubiger sollen 30 Prozent ihrer Guthaben von der Dresdner Bank garantiert erhalten, hier steht das Reich hinter der Garantie. Die Wechsel der A.-G. Kühnle, Kopp u. Kausch in Frankenthal (Pfalz) sind zu 40 Prozent vom Reich, zu 30 Prozent durch die Länderregierung garantiert. Bekanntlich sind für die Reedereien 77 Millionen Mark Kreditgarantie bewilligt, ob dabei auch das hohe Gehalt des Generaldirektors Cuno vom Bremer Lloyd garantiert ist? Die Sanierung der Oberschlesischen Hüttenwerke A.-G. ist vom Haushaltsausschuß des Reichstages abgelehnt. Einen zweiten Plan der Sanierung lehnten die Hüttenwerke ab, sie wollten es lieber zum Zusammenbruch kommen lassen, als auf diesen Plan eingehen. Also nicht nur die Hilfe des Reiches wird verlangt, sondern dieses soll auch noch helfen wie es die bankrotte Wirtschaft vorschreibt.

Wenn alle von Staat und Reich ziehen, dann können die Baugenossenschaften nicht zurückbleiben; die Konsumgenossenschaften haben ihre Ansprüche ebenfalls schon angemeldet und die gewerblichen Genossenschaften erhielten bereits 20 Millionen Mark.

Die Stadt Chemnitz beteiligt sich mit 750 000 Mark am sächsischen Autotrutz und die Schlesische Boden-Credit-Aktien-Bank hat Konkursantrag über die Stadt Köben a. d. Oder gestellt.

Das Stickstoff-Syndikat gibt bekannt, daß der Stickstoffpreis nur noch 57 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit beträgt, während die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise noch auf 97 Prozent der Vorkriegspreise stehen. Die Landwirtschaft ist aber nie zufriedener, so ist der Antrag gestellt, den Zoll für Frühkartoffeln nicht erst am 1. August, sondern bereits am 15. Juni einzuführen. Der Land-

wirtschaft ist durch Osthilfe und Notverordnung immer wieder unter die Arme gegriffen, es stellt sich aber immer mehr heraus, daß dadurch den Gläubigern, besonders den gewerblichen, beispiellose Härten auferlegt sind und diese jetzt dagegen anfangen zu rebellieren. Ob es etwas helfen wird, ist sehr zweifelhaft.

„Rote Fahne“ hilft den Rußlandhetzern

Ein Schulbeispiel, wie durch gedankenlose Lobhudelei in der kommunistischen Presse der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion diskreditiert und den Antifaschewisten Wasser auf die Mühlen getrieben wird, liefert die „Rote Fahne“ vom Sonnabend, dem 2. April:

„Die Zahl der Straßenbahnwagen ist gegen 1914 um 118 Prozent gestiegen, die Straßenbahnlinien sind in derselben Zeit um 61 Prozent erweitert, während sich die Zahl der Fahrgäste um 425 Prozent vergrößert hat. Allein diese Zahlen zeigen die kolossale Entwicklung des Straßenbahnnetzes, aber auch die gewaltigen Aufgaben, die noch vor der Moskauer „BVG“ stehen. Man braucht nur die Verkehrsverhältnisse von Berlin und Moskau zu vergleichen. Berlin hat 3925 Wagen, die 721 Millionen Passagiere beförderte, Moskau mit seinen 1671 Wagen 956 Millionen Passagiere, so daß in Berlin auf den Wagen im Jahre 240 000 Fahrgäste, in Moskau 673 000 Fahrgäste kommen.“

Zugleich schreibt die „Rote Fahne“ in einem anderen Artikel, daß die Ueberfüllung der Verkehrsmittel in Berlin zu einer immer größeren Gefahr werde.

Der „Abend-Vorwärts“ vom 5. April verweist die beiden Zitate mit folgendem Kommentar:

„...In Moskau fahren dreimal sovjet Menschen in jedem einzelnen Wagen als in Berlin! In Berlin aber kann man nach der „Rote Fahne“ nur unter Lebensgefahr die städtischen Verkehrsmittel benutzen. In Moskau dagegen ist es eine Freude, im dreimal volleren Wagen halbtot gequetscht zu werden.“

Dieser Hohn wird in diesem Fall leider seine Wirkung nicht verfehlen. Denn es ist selbstverständlich kein Fortschritt, wenn die Verkehrsmittel, die in den Verkehrszeiten tatsächlich überfüllt sind, in Moskau um mehr als das 2-fache gefüllt sind. Pflicht einer gewissenhaften Berichterstattung wäre es hier, zu erklären, warum die Entwicklung des Verkehrs so offenkundig hinter dem Verkehrsbedürfnis zurückgeblieben ist (Vermehrung des Wagenparks um 118, aber Vermehrung der Passagiere um 425 Prozent) und warum trotz dieses Zurückbleibens die Tendenz zur Ueberwindung der Schwierigkeiten sich durchsetzt. Pflicht wäre es vor allem, über die Maßnahmen zu berichten, die auf die Ueberwindung dieser Schwierigkeiten hinielen.

Arbeitslose in Frankreich

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist die Zahl der französischen Arbeitslosen von 303 218 auf 302 473 zurückgegangen. Es handelt sich dabei nur um die amtlich verzeichneten und unterstützten Arbeitslosen. Auf Paris allein entfielen 94 297.

Die Gesamtarbeitslosenzahl in Frankreich beträgt das Mehrfache der amtlich angegebenen Ziffer. Die große Mehrzahl der Arbeitslosen wird in Frankreich weder gezählt noch unterstützt.

Demonstration auf dem Wasser



Ein Zug von Booten mit Arbeitslosen auf einer Amsterdamer Gracht.

Eine neuartige Demonstration veranstalteten kürzlich die Arbeitslosen in dem von einem Kanalnetz durchzogenen Amsterdam. Sie mieteten eine große Zahl von Ruderbooten, die sie mit Plakaten schmückten und von einem Motorboot durch die zahlreichen Grachten von Amsterdam ziehen ließen, an denen vorwiegend die Klasse der Besitzenden wohnt.